V. b. b.
80 Groschen
AMTSBLATT der STADT WIEN
75
SONDER-NUMMER
Samstag, 19. September 1953
Jahrgang 58

BÜRGERMEISTER FRANZ JONAS:

50 Jahre stadteigene Verkehrsbetriebe

Fünfzig Jahre sind es her, seit die bis dahin in den Händen des Privatkapitals gelegenen Wiener Straßenbahnen durch eine anerkennenswerte Tat in die stadteigene Verwaltung genommen, also kommunalisiert worden sind.

Erst diese Kommunalisierung leitete eine wirklich systematische und großzügige Entwicklung unseres städtischen Verkehrswesens ein. Dabei bleibt nur zu bedauern, daß die Frage einer Wiener Untergrundbahn bisher noch nicht gelöst werden konnte und mangels der riesigen, hiefür erforderlichen Mittel noch genau so problematisch ist wie vor vierzig Jahren. Der Ausbau unserer städtischen Massenverkehrsmittel hat in diesem halben Jahrhundert manchen Fortschritt gezeitigt, aber seine höchste und letzte Stufe noch nicht erreicht und wird diese angesichts des unaufhörlichen technischen Fortschrittes schwerlich jemals erreichen können. Das gilt sogar auch für Städte, die nicht wie Wien durch die verheerenden Folgen zweier Weltkriege immer wieder zurückgeworfen worden sind.

Besonders herausstellen will ich die unverkennbaren materiellen Vorteile, welche der Wiener Bevölkerung aus der Kommunalisierung unserer Verkehrsbetriebe erwachsen sind. Ich meine damit die Tarifpolitik, die sich — namentlich in den letzten fünfunddreißig Jahren — grundlegend geändert hat. Wenn nämlich die Verkehrsbetriebe bis zum Jahre 1919 erhebliche Gewinne für die Gemeindekasse abwarfen, die für die breiten Massen eine indirekte Steuerlast bedeuteten, so beruht die Tarifpolitik der städtischen Verkehrsbetriebe seit jener Zeit nur mehr auf dem Prinzip der Selbstkostendeckung. Das heißt, daß die Fahrpreise durch den Verzicht auf jede Gewinnspanne möglichst tief gehalten werden.

Zu diesem allgemeinen Vorteil für alle Fahrgäste gesellen sich aber noch weitere, namentlich für wirtschaftlich schwächere Fahrgastgruppen. So wurde 1919 an Stelle des Zonentarifes ein Einheitsfahrpreis eingeführt, der auch den von ihrer Arbeitsstätte weit entfernt Wohnenden eine billige Fahrt ermöglicht; eine soziale Maßnahme, die noch durch die Ausgabe verbilligter Vorverkaufsscheine und 1922 durch die Einführung der Wochenkarte ergänzt worden ist.

Besondere Erwähnung verdienen auch die Einführung des Jugendfürsorgefahrscheines, die unentgeltliche Beförderung der Schulkinder bei Schulausflügen und vor allem die Senkung des Kinderfahrscheinpreises. Dieser betrug im Jahre 1903 noch 50 Prozent des Normalfahrpreises und beträgt nunmehr nur noch 20 Prozent. Er ist damit der billigste in Europa. Letzteres gilt auch hinsichtlich des Preises der Wochenkarten für Erwachsene, der bei ihrer 1922 erfolgten Einführung noch 73 Prozent des Normalfahrpreises betragen hat, während er heute 47 Prozent beträgt. Zu diesen Begünstigungen zählen auch noch die Schülerfahrscheine, die nur wenig teurer als die Kinderfahrscheine sind, und die verbilligten Dauerausweise für Hochschüler.

Alle diese Vorteile, die die Kommunalisierung der Wiener Bevölkerung direkt bietet, kann ich abschließend in dem einen Satz zusammenfassen, daß der Fahrpreisindex der Wiener Verkehrsbetriebe gegenwärtig nur das 3,7fache des Jahres 1937 beträgt, während in derselben Zeit der Index für andere Waren und Leistungen auf das 7- bis 10fache gestiegen ist.

Soweit zur Tarifpolitik. Nicht weniger groß ist aber die Bedeutung, die die stadteigenen Verkehrsbetriebe auch für die eigenen Arbeiter und Angestellten haben. Es muß festgehalten werden, daß das frühere Dienstrecht der Beamten und Bediensteten der Wiener städtischen Straßenbahnen, wie es von 1903 bis 1919 in Geltung stand, wohl ein öffentliches, aber kein öffentlich-rechtliches Dienstrecht war. Es gab keine Gleichstellung mit den Beamten und Bediensteten der Hoheitsverwaltung.

Im Jahre 1919 wurde das Personal der städtischen Straßenbahnen in die Allgemeine Dienstordnung für die Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien einbezogen. Der des Personals unwürdige Zustand, auf Trinkgelder angewiesen zu sein, wurde abgeschafft. Arbeitsverträge, die paritätisch zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer vereinbart wurden, regeln jetzt bis ins einzelne das Ausmaß der Arbeitsverpflichtung, die notwendigen Pausen und die Nachtruhe; sie regeln auch die Überstundenbezahlung, gewähren Urlaubs- und Weihnachtsgeld und reihen die Bediensteten nach ihren Leistungen ein.

Manche dieser Errungenschaften sind in den Jahren des Faschismus verloren gegangen, aber 1945 bei der Wiedererrichtung der demokratischen Stadtverwaltung wieder in Geltung getreten. Die Demokratie gewährt den Arbeitnehmern erhöhte Rechte; sie gewährt ihnen Einfluß auf die Geschäftsführung durch freigewählte Vertreter im Direktionsausschuß.

Mit 1. September 1946 wurden alle Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe pragmatisiert, womit sie bei guter dienstlicher Führung, körperlicher Eignung und Ablauf einer bestimmten Frist automatisch unkündbar wurden, so daß ihre soziale Sicherheit in denkbar höchstem Grade gewährleistet ist. Durch die Pensionsautomatik vom 1. Jänner 1950 ist die Sicherung ihres Alters auch bei etwaigem Währungsverfall oder sonstigen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen gegeben.

Ich freue mich, daß die Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe, die einstens nicht mit Unrecht als weiße Sklaven bezeichnet wurden, heute freie Arbeiter in gesicherten Lebensverhältnissen sind. Und mit Genugtuung stelle ich in diesem Zusammenhang auch fest, daß sie in ihrer Betriebskrankenkasse einen autonomen Sozialversicherungsträger besitzen, der in seinem Kurheim Schallerbach und seinem Röntgen-, Zahn- und Physiko-Ambulatorium vorbildliche Einrichtungen unterhält, um den Berufskrankheiten der Straßenbahner wirksam entgegentreten zu können. Ganz besonders aber freue ich mich, daß die Kultur- und Sportvereinigung — die übrigens in Strengberg eine Kuranstalt und in Klein-Zell, auf der Hohen Wand und am Seiberer je ein Erholungsheim führt — in ihren Musik-, Gesangs- und Sportsektionen ungemein Wertvolles für die sinnvolle Freizeitgestaltung unserer Straßenbahner leistet. Darin kommt ein hoher Kulturwille zum Ausdruck, der den einzelnen und die Gesamtheit erst vollauf berechtigt, sich auch innerlich freie Menschen zu nennen.

Zusammenfassend darf ich also sagen, daß die Stadtverwaltung als Unternehmer gegenüber der Bevölkerung und den Angestellten natürlicherweise andere Aufgaben und Pflichten zu erfüllen hat als ein Privatunternehmer. Umgekehrt sind aber auch die Angestellten ihrem Unternehmen und der Gemeinde mit besonderer Liebe verbunden, was am eindrucksvollsten und schönsten beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Unternehmens in Erscheinung trat.

Bei diesem Wiederaufbau offenbarte sich augenfällig die Kraft der Gemeinwirtschaft. Große Teile des Sach- und Umlaufvermögens (Gebäude, Fahrpark, maschinelle Einrichtungen, Geleise und Hochspannungsanlagen) waren in so erheblichem Umfang zerstört oder schwer beschädigt, daß bisher rund 382 Millionen Schilling für die Wiederherstellung aufgewendet werden mußten. Nur die Kraft des Gemeinschaftsgedankens, das planmäßige Zusammenwirken aller städtischen Betriebe, vermochte es, diese große Leistung zu vollbringen.

Auch in Hinkunft ist voraussehendes Planen und Zusammenwirken, aber auch der Aus-

tausch von Erfahrungen und die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen notwendig, nicht nur für die Verkehrsbetriebe, sondern für alle städtischen Unternehmungen.

Anläßlich dieser Jubiläumsfeier will ich auch noch allen danken, die in den letzten fünfzig Jahren ihr Bestes zum Gedeihen der Wiener Verkehrsbetriebe beigetragen haben. Dieser Dank gebührt auch den heutigen Pensionisten, und unter diesen besonders den derzeit 562 ältesten Straßenbahnern, die schon 1903 im Dienst des Unternehmens gestanden sind.

Der schönste Lohn für jeden einzelnen liegt aber im Bewußtsein, seine Pflicht im höchsten Interesse, nämlich für das Wohl der Gemeinschaft erfüllt zu haben. Jedem einzelnen Betriebsangehörigen aus Anlaß dieses Jubiläums eine Ehrengabe zu überreichen, ist den Verkehrsbetrieben leider nicht möglich. Eine symbolische Ehrengabe für alle liegt aber darin, daß der Kultur- und Sportverein der Verkehrsbetriebe zur gesteigerten Erfüllung seiner schönen Aufgaben eine Zuwendung von 200.000 Schilling erhalten wird.

Möge es dem gemeinsamen und verständnisvollen Zusammenwirken aller hiezu berufenen Faktoren gelingen, die Wiener Verkehrsbetriebe zu weiterem Gedeihen zu führen und sie technisch und sozial immer mehr zu einer Einrichtung zu entwickeln, die der Bedeutung, dem Bedürfnis und der Würde unserer Stadt entspricht!

Zum Jubiläum der Verkehrsbetriebe gratulieren die Mitarbeiter:

Stadtrat Dkfm. Richard Nathschläger:

Anschluß an Europa

In der für die weitere Entwicklung des Wiener Verkehrswesens hoch bedeutsamen Gemeinderatssitzung am 28. und 29. Oktober des Jahres 1898 meinte der Referent Doktor Karl Lueger einleitend, daß die Geschichte der Wiener Tramway eine „Leidensgeschichte" zu nennen sei. Das mag für die damalige Zeit sehr angebracht gewesen sein. Heute haben wir von diesem Zeitpunkt einen Abstand von mehr als 50 Jahren gewonnen und können sagen, daß die Geschichte der Wiener Tramway, der Wiener Straßenbahn oder — wie der Titel heute lautet —, der Wiener Verkehrsbetriebe deutlich die Entwicklung unserer Vaterstadt widerspiegelt, die dem jeweiligen Zeitgenossen, im wechselvollen Auf und Ab, einmal „himmelhochjauchzend" und das andere Mal „zu Tode betrübt" erschien. Bei einem Massenverkehrsunternehmen, mit dem die Bevölkerung zu einem großen Teil täglich und stündlich in enge Berührung kommt, kann es gar nicht anders sein, als daß sich die Schatten der staats- und wirtschaftspolitischen Entwicklung auf diesen Betrieb genau abzeichnen. In Verbindung mit dieser Entwicklung gingen auch die sozialpolitischen Veränderungen nicht spurlos an den Gesellschaften und dem späteren städtischen Unternehmen vorüber, und die fortschreitende Erstarkung der Organisation der Arbeitnehmer drückte diesen Betrieben immer wieder ihren Stempel auf. Das Wort von den „weißen Sklaven" war in der Zeit des in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts allerdings schon im Niedergang begriffenen hochkapitalistischen Liberalismus in aller Munde, und bei einer achtzehnstündigen Arbeitszeit war es 1889 nur zu begreiflich, daß die Tramwayer gegen diese unmenschliche Behandlung in eine scharfe Abwehrstellung traten, die schließlich zum Ausstand und zum Streik führte, bei dem — nebstbei sei es erwähnt — Leopold Kunschak, in Hernals in den Wirbel unfreiwillig hineingezogen, verhaftet wurde und das erste Mal in seinem Leben mit dem Arrest Bekanntschaft machte. Dieser Eindruck aber bestimmte in entscheidender Weise den jungen Sattler, sich künftighin um die Interessen aller Arbeitnehmer anzunehmen, welcher Zielsetzung er bis zu seinem Tode unerschütterlich und unerschrocken treu blieb.

Nicht zuletzt formte und beeinflußte der technische Fortschritt ständig das Unternehmen und brachte es — vielleicht etwas langsamer als anderswo —, aber doch stetig aufstrebend, auf den heutigen Stand.

Als im Jahre 1865 die erste Pferdetramway vom Schottenring nach Hernals ihren Betrieb aufnahm, zählte die Stadt Wien 561.600 Einwohner. 1897, dem Jahre, in dem die erste elektrische Linie vom Bahnhof Vorgarten nach Mariahilf geführt wurde, waren es bereits 1,549.700 und sechs Jahre später, 1903, dem Zeitpunkt der Kommunalisierung der bis dahin in privaten Händen befindlichen Linien, 1,727.600 Einwohner. 1905, bei Eingliederung der linksseitigen Donaugemeinden (des heutigen 21. und 22. Bezirkes) zählte die Bevölkerung 1,845.000 Einwohner, während 1919 der Kulminationspunkt mit 2,304.000 Personen erreicht wurde. 1951 beherbergte die Stadt Wien 1,766.100 Personen.

Für den Verkehr von ausschlaggebender Bedeutung war die mitunter sprunghafte Vergrößerung des Flächenausmaßes der Stadt. 1865 waren es 5624 ha, 1897 17.812 ha, 1905 27.308 und 1951 121.541 ha.

Man kann sich lebhaft vorstellen, daß die rasante Entwicklung der Stadt, deren Einwohnerzahl im Verlauf von rund 50 Jahren auf das Vierfache angestiegen war, gebieterisch eine durchgreifende Änderung der Einstellung zum gesamten Verkehrsproblem überhaupt verlangte. Aus der Unzulänglichkeit, mit der eine liberale Stadtverwaltung den Forderungen einer sich bahnbrechenden, ungestümen Entwicklung gegenüberstand, ergab sich von selbst das Erstarken einer mächtigen Volksbewegung, die es nach vielen, mit Bitterkeit ertragenen Schwierigkeiten durchsetzte, daß Dr. Karl Lueger im

Jahre 1897 als Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom Kaiser nach vorhergehender dreimaliger Ablehnung endlich bestätigt wurde.

Damit ändert sich mit einem Schlag die grundsätzliche Einstellung der Stadtverwaltung zu den Wiener Versorgungs- und Verkehrsproblemen in schicksalhafter Weise. 1899 erfolgte die Inbetriebnahme des städtischen Gaswerkes in Simmering, 1902 wurde zum ersten Mal Strom vom neu errichteten städtischen Dampfkraftwerk in Simmering abgegeben und 1903 erfolgte schließlich, wie schon ausgeführt wurde, die Kommunalisierung des bis dahin zur Gänze elektrifizierten Pferdebahnnetzes. Schlag auf Schlag, förmlich um sich möglichst rasch Luft zu machen, erfolgte in diesen Jahren der Aufbau von kommunalen Einrichtungen und Unternehmungen, und es darf als ein großzügiger Beweis des damaligen Denkens gewertet werden, daß im Jahre 1901 zur Verstadtlichung des Tramwaynetzes in Wien, aber auch für verschiedene andere städtische Einrichtungen ein Anlehen in der gigantischen Höhe von 285 Millionen Goldkronen aufgenommen wurde, wovon allein 116 Millionen für die Kommunalisierung des Tramwaynetzes und unter anderem 75 Millionen für die Errichtung der Zweiten Wiener Hochquellenwasserleitung bestimmt waren. Dr. Lueger, der bei allen diesen großen Neuerungen Referent im Gemeinderat war, führte dabei unter anderem wörtlich aus: „Ich glaube, daß die Anträge des Stadtrates begründet sind, daß sie im Interesse der Gemeinde Wien, und nur im Interesse der Gemeinde Wien gelegen sind, und daß die Durchführung dieser Arbeiten uns zur größten Ehre für immerwährende Zeiten gereichen wird." Die Abstimmung über die Aufnahme dieses Anlehens ergab 116 gegen 11 Stimmen, wobei der Sprecher der Oppositionellen erklärte, daß sie im Prinzip auch für die Verstadtlichung der Straßenbahn wären, trotzdem aber gegen die ganze Vorlage stimmen müßten, nachdem diese Post von den übrigen nicht getrennt werden könne.

Daß sich Dr. Lueger im besonderen auch um die Interessen der in den Unternehmungen tätigen Arbeiter tatkräftigst kümmerte, beweisen seine Ausführungen in der Gemeinderatssitzung vom 12. Mai 1903, wobei er unter anderem sagte: „Sie alle wissen, daß eine der größten Forderungen der Neuzeit die ist, daß das Los der Arbeiter nicht bloß verbessert, sondern auch sichergestellt werde, das heißt, daß der Arbeiter, welcher treu seine Pflicht erfüllt, weiß, daß er in seinem Alter geschützt ist und daß Frau und Kinder für den Fall seines Ablebens nicht dem Elend preisgegeben sind. Es ist vielleicht nicht so wichtig, ob der Lohn um einige Kreuzer höher ist, wichtig ist, daß sein Leben sichergestellt erscheint." In diesem Sinne wurden in der gleichen Sitzung Lohnerhöhungen, Wohnungsbeiträge, Fahrzulagen, Pensionsbezüge sowie eine neue Dienstordnung beschlossen.

Aber auch sonst war dieser große Bürgermeister Wiens den Straßenbahnern samt und sonders günstig gesinnt; dies bezeugen seine Bemerkungen gelegentlich der Gemeinderatssitzung vom 6. Mai 1902, in der es sich um die Verstadtlichung der neuen Wiener Tramwaygesellschaft handelte. Er sagte hiebei unter anderem: „Ich bin jedoch sehr gerne bereit, die meisten Bediensteten der neuen Wiener Tramway in den Dienst der Gemeinde zu übernehmen, da die Bediensteten der neuen Wiener Tramway durchschnittlich sehr brave Leute sind und die Gemeinde Wien einen Vorteil haben wird, wenn sie diese braven Arbeiter in ihren Dienst übernimmt."

Von dem der Kommunalisierung folgenden Jahrzehnt, das ist also bis 1913, kann gesagt werden, daß es das erfolgreichste während des Bestandes der Straßenbahnen überhaupt geblieben ist. In diesen 10 Jahren schnellte die Nutzleistung von 43 Millionen Kilometer auf 100 Millionen Kilometer hinauf, während die Anzahl der beförderten Personen eine Steigerung von 158 Millionen auf 325 Millionen erfuhr. Das Netz der Straßenbahnen wurde um 78 Kilometer auf 241 Kilometer erweitert. In der Folgezeit bis 1937 traten zu diesem Netz lediglich nur mehr insgesamt 46 Kilometer hinzu. Mit dem Autobusbetrieb, der sich nach anfänglichen Rückschlägen seit 1923 immer mehr entwickelte und mit den seit 1925 elektrifizierten Stadtbahnlinien bedienen die Wiener Verkehrsbetriebe heute ein Netz von rund 460 Kilometer Betriebslänge, was der Entfernung von etwas mehr als der Strecke von Wien nach München gleichkommt.

Was den technischen Fortschritt und seine Einflußnahme auf die stadteigenen Verkehrsbetriebe anbelangt, fuhren die Wiener von 1865 bis 1903 mit der Pferdebahn, von 1883 bis 1922 zum Teil mit der Dampftramway, von 1881 bis zum Ende des ersten Weltkrieges benützten sie den Pferdestellwagen, ab 1903 und bis auf weiteres steht ihnen die Straßenbahn zur Verfügung. Die erste Autobuslinie gab es 1905, den ersten Obus 1908. Der erste Dieselautobus wurde 1934 in Dienst gestellt und der erste Großraumzug wird den Wienern als vorläufiges Spitzenerzeugnis im oberstädtischen Massenverkehr in den nächsten Wochen im Verkehr präsentiert werden.

Die Pferdetramway beanspruchte zwei oder höchstens vier Pferdestärken. Die letzten großräumigen Autobusse haben eine Motorleistung von 125 PS und der Großraum-Triebwagen verfügt über vier Motoren mit zusammen 272 PS. Kürzer und schlagender kann wohl kaum der weitgespannte Bogen der technischen Aufwärtsentwicklung in den vergangenen neun Jahrzehnten zusammengefaßt werden.

Mit Hilfe der finanziellen Kapazität der Wiener Stadtwerke ist es uns bei Anspannung aller unserer Kräfte in jüngster Zeit gelungen, beim Autobus und bei der Straßenbahn den Anschluß an die Verkehrsbedienung der meisten Großstädte Westeuropas zu finden. Mit Stolz und Genugtuung verzeichnen wir gerade diese Tatsache in den Jubiläumstagen der Wiener Verkehrsbetriebe, weil sie beweist, daß das Unternehmen, das durch den Krieg schwerstens angeschlagen wurde, trotz größter Schwierigkeiten gewillt ist, mit der Zeit zu gehen und den Wiener Fahrgast so zu bedienen, wie es in den Städten des Westens und Südens unseres Kontinentes schon seit einer Anzahl von Jahren, in manchen Fällen sogar bereits seit Jahrzehnten, geschieht.

Trotzdem bin ich auch mit der Erreichung des gegenwärtigen Stadiums „pflichtgemäß" nicht zufrieden. Die Modernisierung und Erneuerung des Wagenparks auf Straßenbahn, Stadtbahn und Autobus in einem bestimmten Ausmaß ist schlechthin eine Notwendigkeit, die Umstellung des Stadtbahnbetriebes auf einen regelrechten Schnellbahnbetrieb wird zwingend erfolgen müssen und die Ausweitung der Verbindungen in den Rand- und Ausflugsgebieten sowie die Intensivierung der Kommunikationen zwischen diesen und der Stadt werden immer nachhaltiger verlangt. Was aber eine wirkliche Aufgabe und ein in harter Arbeit anzustrebendes Ziel auf lange Sicht sein wird, ist dies: die sukzessive und planmäßige Ablösung des Straßenbahnverkehrs durch den Autobus und Obus und der Bau von Untergrundbahnen, die späterhin die Masse des oberstädtischen Verkehrs zu übernehmen haben werden.

Eine Reihe von europäischen und amerikanischen Großstädten hat diese durch die steigende Motorisierung erzwungene Umstellung bereits hinter sich, bei anderen ist diese Entwicklung mitten im Fluß und auch Wien wird sich als Großstadt im Herzen Europas dieser Notwendigkeit nicht verschließen können.

Nach einem wechselvollen Schicksal im Laufe der Jahrzehnte sind die Wiener Verkehrsbetriebe seit einigen Jahren in einer Investitionskonjunktur begriffen, die auch weiterhin andauern wird. Mit der aufopfernden Unterstützung der gesamten Belegschaft, die ich dankbarst würdige und anerkenne, wurde Großes erreicht und wird ohne Zweifel noch Größeres erzielt werden. Die Wiener Verkehrsbetriebe sind damit ihrer Zweckwidmung treu geblieben, die darin besteht, die Bevölkerung rasch, sicher und billig zu befördern, dem Personal ein sozialer Dienstgeber zu sein und den jeweiligen technischen Möglichkeiten und Erfordernissen aufgeschlossen gegenüberzustehen.

Ich gratuliere den Wiener Verkehrsbetrieben aus einem — ich sage es offen heraus — mit Liebe erfüllten Herzen zum 50jährigen Jubiläum nicht nur als Ressortchef, sondern vor allem als Wiener, in der felsenfesten Überzeugung, daß dieser städtische Betrieb, an dem die Bevölkerung trotz allem mit ihrem Herzen hängt, auch in Zukunft den ihm vom Schicksal unserer Bundeshauptstadt vorgezeichneten Weg mit Mut, Optimismus und vollem Erfolg gehen wird.

Generaldirektor Philipp Frankowski:

Die vielgelästerte Straßenbahn

Bei aller Würdigung und Anerkennung der Wiener Gaswerke und Wiener Elektrizitätswerke, kann man doch ohne Übertreibung sagen, daß die Wiener Verkehrsbetriebe das populärste Teilunternehmen der Wiener Stadtwerke sind. Wer Wiener ist, oder die Wiener kennt, weiß, daß ein echter Wiener das scharf kritisiert, was er liebt. So ist es begreiflich, daß die Wiener Verkehrsbetriebe zu den beliebtesten Themen für einen echten Wiener Raunzer zählen. Wir sind nicht gerade stolz darauf, aber wir wissen, daß nach dem Sprichwort „Was sich liebt, das neckt sich" auch in dieser Form ein Stück Anerkennung steckt. Wir bilden uns nicht ein, daß die Wiener Verkehrsbetriebe alle Anforderungen, die man gerechterweise an sie stellen kann, restlos erfüllen, wir wissen aber auch, daß wir im Rahmen des Möglichen viele Wünsche der Wiener betreffs der so viel gelästerten Straßenbahn erfüllt haben.

Was die Wiener Verkehrsbetriebe für diese Stadt bedeuten, haben wir alle erlebt, als im Jahre 1945 nach Kriegsende, Gott sei Dank nur auf kurze Zeit, die Wiener Verkehrsbetriebe ihre Tätigkeit einstellen mußten. Damals, als Tag für Tag viele Tausende ihren Weg zur Arbeitsstätte hin und zurück zu Fuß zurücklegen mußten, damals, als der Besuch zu einem etwas weiter weg wohnenden Freund oder Verwandten unmöglich war, da wurde uns allen bewußt, was für das Leben unserer Stadt die Verkehrsbetriebe bedeuten.

Dipl.-Ing. Berthold Grohs:

Der 1. Juli 1903

Von „Gemeinde Wien — Städtische Straßenbahnen" zu „Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe"

Als Gründungstag der städtischen Verkehrsbetriebe ist eigentlich der 1. Juli 1903 anzusehen, der Tag, an welchem die Gemeinde Wien die Betriebsführung der beiden großen, bereits in ihrem Besitz befindlichen, jedoch bis dahin nur auf ihre Rechnung geführten Verkehrsbetriebe in eigene Verwaltung übernahm. Heute, wo dieses, damals unter der Firmenbezeichnung „Gemeinde Wien — Städtische Straßenbahnen" im Handelsregister eingetragene Unternehmen mit seinen 13.300 Bediensteten das größte Unternehmen der Gemeinde Wien und eines der größten Österreichs geworden ist, sei es mir gestattet, Rückschau zu halten, wie es zu dieser Kommunalisierung kam und wie sich das Unternehmen seither entwickelt hat.

Wenn wir hundert Jahre zurückblicken, etwa in die Zeit von 1850, so war damals die innere Stadt durch die Befestigungsanlagen von den mit ihr zu einem Gemeindegebiet zusammengeschlossenen 34 Vorstädten getrennt, und die Entwicklung von Verkehrslinien war durch diese schwer behindert. Der damalige Verkehr in der Stadt war daher nur ein Gehverkehr und nur wer es sich leisten konnte, konnte zum Nahverkehr mit den Vororten einen der 680 Fiaker, 24 Einspänner oder 100 Gesellschaftswagen benutzen. Erst die am 20. Dezember 1857 verfügte Stadterweiterung schuf die Vorbedingung für die Schaffung von Verkehrsanlagen größeren Stils.

Die großzügige Anordnung der Ringstraße, des Franz Josefs-Kais, die Lastenstraße und der Gürtelstraße, die radial nach allen Himmelsrichtungen von den Hauptverkehrsstraßen durchschnitten werden sollten, gaben die Möglichkeit des Zusammenwachsens der Vorstädte mit der Innenstadt zur Großstadt und damit das Bedürfnis nach öffentlicher Verkehrsbedienung. Damals dachte allerdings noch niemand an einen öffentlichen Nahverkehr; vielmehr ging man, obwohl bereits eine gewisse Erfahrung hinsichtlich des Pferdebahnbetriebes vorlag, recht zaghaft an die Bewilligung privater Konzessionsansuchen heran.

Bereits 1840 bis 1842 hatte nämlich eine Pferdeeisenbahn von rund 1½ km Länge vom Augarten zu einer Vergnügungsstätte auf den Gründen des heutigen Nordwestbahnhofes bestanden. In der Gemeinderatssitzung vom 21. Oktober 1864 wurde zunächst eine Pferdebahnprobelinie vom Schottenring nach Hernals bewilligt, deren Betriebserfahrungen die Grundlage für die endgültige Konzession eines Netzes bilden sollten.

Der Anstoß zu diesem Beschluß kam von einer ausländischen Firma, doch waren ihre Inhaber und Techniker ausgewanderte Österreicher. Das Genfer Bauunternehmen Schäck, Jagnet & Co., das eben eine ähnliche Pferdebahnlinie in Genf fertiggestellt hatte, hat diese erste Wiener Probelinie, die mit einer Gesamtlänge von 3½ km am 24. Oktober 1865 in Betrieb genommen wurde, erbaut. Der Fahrpreis von zehn Kreuzer war für damalige Zeiten sehr hoch; das Unternehmen konnte daher allen von der Gemeinde gestellten schweren Bedingungen entsprechen und überdies noch wirtschaftlich geführt werden. Das günstige Ergebnis des Betriebes veranlaßte die Gesellschaft, um die Konzession für ein ganzes Pferdebahnnetz anzusuchen, und sie erhielt schließlich vom Handelsministerium die endgültige Konzession für die Probestrecke und für zwei neue Linien, Ringstraße — Prater, Mariahilfer Straße bis Penzing, für die Dauer von 30 Jahren.

Der Ausbau dieser Linien wurde jedoch bereits von der als Nachfolgerin gegründeten „Wiener Tramway-Gesellschaft“, die am 8. Mai 1868 den Betrieb aufgenommen hatte, durchgeführt. Mit dieser schloß die Gemeinde Wien am 7. März 1868 einen mit 35 Jahren Geltungsdauer befristeten Vertrag, durch welchen das durch die Gesellschaft zu erbauende Pferdebahnnetz fest geregelt wurde. Infolge einer teils aus Sorge um den Ringstraßenkorso, teils aus Angst vor Unfällen ausgelösten offensichtlichen Abneigung einiger Mitglieder des Gemeinderates gegen die Errichtung von Pferdebahnen im Stadtgebiet, fanden im Vertrag verschiedene Härten Aufnahme, die sich später für beide Teile sehr nachteilig auswirkten.

Zudem bestand für die beim Bau neuer Strecken einzulösenden Grundstücke und Häuser kein Enteignungsrecht, was die Eigentümer veranlaßte, sehr hohe Preise zu fordern. Das Unternehmen kam daher bald in finanzielle Schwierigkeiten und mußte den Bau neuer Linien einstellen, was wieder zu Unstimmigkeiten mit der Gemeindeverwaltung führte. Eine Erleichterung der Vertragsbedingungen führte wohl zur Erbauung der sogenannten „Weltausstellungslinie“ für die Wiener Weltausstellung im Jahre 1873. Die wirtschaftliche Katastrophe dieses Jahres jedoch setzte dem weiteren Ausbau des Pferdebahnnetzes vorläufig ein Ende.

Der sinkende Verkehr und der Rückgang der Einnahmen zwang das Unternehmen in den folgenden Jahren zu einschneidenden Maßnahmen. Der Fahrpreis wurde von zehn auf zwölf Kreuzer erhöht und in Material und Personal durch Verringerung der Nutzkilometerleistung und Herabsetzung der Löhne gespart. So hörten einerseits die Klagen der Bevölkerung über die immer stärker werdende Überfüllung und über den hohen Fahrpreis nicht auf und stieg andererseits die Unzufriedenheit des Personals wegen zu langer Betriebszeit und ungenügender Bezahlung ständig.

Auch dem zweiten, bald nach dem ersten gegründeten Verkehrsunternehmen, der „Neuen Wiener Tramwaygesellschaft“, die hauptsächlich Pferdebahnlinien in den Vororten errichtete, die erste Linie Neulerchenfelder Straße—Ottakring wurde am 25. Juni 1873 eröffnet, ging es infolge der allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage nicht viel besser, und nach der Fertigstellung zweier weiterer Linien trat auch bei ihr ein Stillstand im weiteren Ausbau in der Dauer von sieben Jahren ein. 1872 unternommene Versuche der „Wiener Tramwaygesellschaft“, an Stelle von Pferden Dampflokomotiven zu verwenden, scheiterten am schwachen Oberbau und den nicht unerheblichen Steigungen vieler Wiener Straßen.

Erst zu Ende der achtziger Jahre hat eine dritte Firma, nämlich die Firma Kraus & Co., auf der Strecke Hietzing—Perchtoldsdorf einen Dampfstraßenbahnbetrieb aufgenommen. Die rührigere der beiden Pferdebahngesellschaften, die „Neue Wiener Tramwaygesellschaft“, hat dann viele ihrer nach 1883 erbauten Linien gleichfalls mit Dampf betrieben, so daß schließlich im Jahre 1897 ein Viertel ihrer Gesamtkilometerleistung auf Dampfbetrieb entfielen.

Die zweite Stadterweiterung im Jahre 1890, wobei durch Wegfall des Linienwalles alle nach außen strebenden Straßenzüge aufgeschlossen wurden, machte eine gründliche Verbesserung der Verkehrsmittel im allgemeinen notwendig und die Unzulänglichkeit des in privaten Händen befindlichen Verkehrswesens immer mehr fühlbar.

Das Bestreben, die Pferdekraft durch Mechanisierung zu ersetzen, machte sich immer mehr geltend, nur daß entsprechend der technischen Entwicklung nunmehr die Elektrifizierung der Linien in den Vordergrund trat.

Immerhin wäre es ungerecht, nicht anzuerkennen, was bis zu Beginn der Einführung des elektrischen Betriebes aus kleinen Anfängen geleistet worden war. Im Jahre 1865 eine Linie mit knapp 4 km, im Jahre 1897, also 32 Jahre später, ein vielverzweigtes Netz mit 80,8 km der „Wiener Tramwaygesellschaft“ und 30,9 km der „Neuen Wiener Tramwaygesellschaft“, zusammen also rund 112 km. Die Zahl der im Jahr beförderten Fahrgäste war in der gleichen Zeit von 265.000 auf 76,000.000, und die geleisteten Nutzkilometer von 500.000 auf 20,000.000 im Jahr gestiegen.

Die Initiative der Elektrifizierung ging vom Wiener Stadtrat aus, der in seiner Sitzung vom 11. Juli 1893 die „Wiener Tramwaygesellschaft“ zur Vorlage eines Elektrifizierungsprojektes aufforderte. Auf eine Konkurrenzausschreibung der Gemeinde vom 8. Juli 1895 wurden elf Projekte für die Herstellung eines elektrischen Bahnnetzes im Gemeindegebiet Wien eingereicht, die von einer fünfgliedrigen Kommission des Stadtrates begutachtet wurden.

Trotz verschiedener Versuche der „Wiener Tramwaygesellschaft“ mit Akkumulatorenwagen auf der Strecke Bellariastraße—Burggasse, und der „Neuen Wiener Tramwaygesellschaft“ mit Akkumulatorenwagen, System Waddel-Entz, auf der Strecke Westbahnlinie—Hütteldorf ging jedoch die Elektrifizierung nicht vorwärts.

Wiens Verkehrsskandal war inzwischen immer größer geworden, so daß sich die Statthalterei veranlaßt sah, einzugreifen. Sie drohte der Gesellschaft mit Entziehung der Konzession, wenn die verlangte Vermehrung der Fahrten und die Verlängerung der täglichen Betriebsdauer nicht ehestens durchgeführt würden. Überdies wurde ein Überfüllungsverbot erlassen. Erst nachdem sich ein großer Besitzwechsel in den Aktien vollzog und eine Änderung des Verwaltungsrates eintrat, wurde die Frage des elektrischen Betriebes in ernste Erwägung gezogen.

Am 2. Jänner 1896 wurde die Genehmigung für den Bau einer 9 km langen Strecke — Transversallinie — auf die Dauer von zwei Jahren erteilt, unter der Bedingung, neben der Stromzuführung mit Oberleitung, auch als Reserve eine Strecke von 600 m mit Unterleitung herzustellen. Nach Begehung der Strecke wurde am 17. Juni 1896 mit dem Bau begonnen.

Am 28. Jänner 1897 wurde endlich die erste elektrische Straßenbahnlinie der „Wiener

Tramwaygesellschaft“ in Betrieb genommen. Ausgangspunkt war der neugebaute Bahnhof Vorgartenstraße. Die Linie führte von dort über die Reichsbrückenstraße (damals Kronprinz Rudolf-Straße), Praterstern, Nordbahnstraße, Rauscherstraße, Wallensteinstraße, Friedensbrücke (früher Brigittenauer Brücke), Alserbachstraße, Spitalgasse, Alser Straße, Skodagasse, Albertgasse, Blindengasse, Kaiserstraße bis Wallgasse.

Diese vom Publikum so sehnsüchtig herbeigewünschte neue Betriebsart, die auf einer Strecke in der Länge von 9,4 km durchgeführt wurde, war das Hamburger (Trolley-) System „Thomson-Houston“ mit oberirdischer Stromzuführung. Der elektrische Strom von 500 V Spannung wurde durch eine mit Federkraft an die Oberleitung angedrückte Rolle, die am Ende einer schräg vom Dach ausgehenden Stange befestigt war, zu den zwei Motoren von je 20 Pferdestärken geleitet. Die Speisung erfolgte mittels Kabel an drei Punkten. Die Rückleitung des Stromes erfolgte durch die Schienen. Für den Betrieb standen 40 Motorwagen und ebensoviele Beiwagen — früher Einspännerwagen der Pferdebahn — zur Verfügung.

Die neue Beförderungsart hatte sich — trotz einigen Unfällen — im Sturm die Gunst des Wiener Publikums errungen. Darüber schreibt das „Wiener Tagblatt“ vom 28. Jänner 1897: „Die gestrige Probefahrt hat den Wienern gezeigt, welchen Fortschritt der elektrische Betrieb gegenüber dem Pferdebetrieb bedeutet. Wenn das Publikum das neue Verkehrsmittel erst kennengelernt haben wird, mag es wohl fragen, warum wir so lange auf die »elektrische Bahn« warten mußten und warum nur ein kleiner Bruchteil des bestehenden Tramwaynetzes, und auch dieser nur probeweise, elektrisch betrieben werden darf.

Es sei nur noch erwähnt, daß allgemein die elegante Ausstattung der Wagen, die abends brillant elektrisch beleuchtet waren, die Sicherheit der Bremsvorrichtungen, der ruhige Gang und die exakte Schulung der Wagenführer — ehemalige Kutscher und Conducteure der Gesellschaft — lobend besprochen wurden. In allen Straßen, die der lange Zug der Motorwagen passierte, hatte sich zahlreiches Publikum angesammelt, welches mit Interesse das neue Verkehrsmittel beobachtete.“

Anläßlich der Kaiser-Jubiläums-Ausstellung im Jahre 1898 hat die „Wiener Tramwaygesellschaft“ auf zwei weiteren Linien den elektrischen Betrieb aufgenommen. Die eine, deren Eröffnung am 7. Mai 1898 stattfand, führte im Anschluß an die Transversallinie über die Ausstellungsstraße, Lagerhausstraße (damals Perspektivstraße) zum Südportal der Rotunde. Die zweite Ausstellungslinie führte über die Löwengasse zur Prater Hauptallee im Anschluß an den Ring und Kai.

Auf der Strecke vom Aspernplatz zur Prater Hauptallee erfolgte die Stromzuführung mit Oberleitung; hingegen verkehrten über den Ring und Kai nur Akkumulatorenwagen, deren Batterien an drei Stellen aus der Oberleitung geladen wurden. Um das Bild der Ringstraße nicht zu stören, wurde auch in den späteren Jahren diese Strecke für die unterirdische Stromzuführung eingerichtet. Die Linie zur Rotunde blieb nur während der Jubiläumsausstellung in Betrieb, die zur Prater Hauptallee hingegen auch nach Schluß derselben.

Anläßlich eines Festschießens zum fünfzigjährigen Regierungsjubiläum Kaiser Franz Josefs wurde von der Firma Ritschl & Co. am 25. Juni 1898 eine elektrische Kleinbahn nach Kagran mit einer Abzweigung nach Kaisermühlen in Betrieb gesetzt.

Die fortschreitende Steigerung des allgemeinen Verkehrs als notwendige Folge der Vermehrung der Bevölkerung und der Einverleibung der Vororte zwang die Gemeindeverwaltung dazu, sich selbst bei der Ausgestaltung des Verkehrsnetzes und der Verkehrsmittel einzuschalten.

Bürgermeister Dr. Karl Lueger, der zielbewußte und energische Kämpfer für eine dem Gesamtwohl dienende Kommunalwirtschaft, setzte auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 28. und 29. Oktober 1898 „die Umwandlung des bestehenden Tramwaynetzes in ein elektrisches Bahnnetz und dessen Ergänzung, so daß dadurch den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung ge-

tragen würde". Die Folge dieser Beratungen war, daß aus den der Gemeinde von mehreren Firmen vorliegenden Projekten das der Siemens & Halske, die den Großteil der Aktien der „Wiener Tramwaygesellschaft" in Händen hatte, angenommen wurde.

Es schlug die Liquidierung der „Wiener Tramwaygesellschaft" und die Auflösung des mit ihr bestehenden Vertrages, der ihr das Monopol der Straßenbenützung zugesichert hatte, vor, falls die Gemeinde mit einer von der Firma neu zu gründenden Gesellschaft einen Vertrag wegen Umwandlung des Straßenbahnnetzes für den elektrischen Betrieb und des Baues von Ergänzungslinien abschließen würde.

Die Verhandlungen fanden mit dem Übereinkommen vom 28. November 1898 ihren Abschluß, so daß in weiterer Folge mit der neu gegründeten Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen der Vertrag am 28. Oktober 1899 abgeschlossen werden konnte, nach welchem die Gesellschaft die im Übereinkommen mit der Firma Siemens & Halske festgelegten Aufgaben durchzuführen hatte.

Das Verhältnis zwischen der Gemeinde und der Bau- und Betriebsgesellschaft war jedoch bald ein sehr gespanntes. In dem Vertrag hatte sich die Gemeinde auch einen Einfluß auf die Fahrpreise, Fahrpläne und Zugsfolge sowie auf die Dienst- und Arbeitsordnung ausbedungen. So wurden im Herbst 1901 der Firma wegen Nichteinhaltung der fahrplanmäßigen Fahrtleistung in 72 Fällen in der Zeit vom 14. Mai bis 25. September 1901 Vertragsstrafen im Gesamtbetrag von 500.000 Kronen vorgeschrieben. Es ergab sich naturgemäß auch wieder der Gegensatz zwischen den geschäftlichen Interessen der privaten Gesellschaft und den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Da die Gemeinde im Mai 1899 beschlossen hatte, neben dem Werk für Beleuchtung und Kraftstrom ein eigenes Bahnwerk zu errichten, zielte die natürliche Entwicklung auf die vollständige Kommunalisierung der Straßenbahnen. Dieser Plan wurde noch dadurch gefördert, daß das Betriebsunternehmen im Besitze der Gemeinde die wichtigen Begünstigungen des Kleinbahngesetzes, wie die 90jährige Konzessionsdauer, die Steuer- und Gebührenbefreiung und den Verzicht auf das staatliche Heimfallrecht zu gewärtigen hatte. Unter diesen günstigen Umständen konnte die Gemeinde Wien den gerechten Forderungen an das Hauptverkehrsmittel eher entsprechen als die private Gesellschaft, der die Steuer- und Gebührenbefreiung nicht zuerkannt wurde.

In der Stadtratssitzung vom 20. Dezember 1901 entwickelte Bürgermeister Lueger seinen Antrag, der Bau- und Betriebsgesellschaft das Anerbieten auf Übernahme der Straßenbahn vom 1. Jänner 1902 um den Betrag von 62,090.000 Kronen zu stellen, die Firma Siemens & Halske AG. mit dem weiteren Ausbau des Netzes samt Zugehör sowie der Beistellung von Wagen und deren Ausrüstung um 39,510.000 Kronen zu betrauen und ihr gleichzeitig den Betrieb des ganzen Unternehmens auf die Dauer der noch ausständigen Bauarbeiten bis längstens 31. Dezember 1903 auf Grund eines eigenen Übereinkommens zu übertragen. Zur Bestreitung des insgesamt mit 116 Millionen Kronen vorgesehenen Aufwandes für Straßenbahnzwecke sowie für andere große Aufgaben sollte die Gemeinde eine Investitionsanleihe von 285 Millionen Kronen aufnehmen. In der denkwürdigen Sitzung vom 27. Dezember 1901 hat der Gemeinderat diese Anträge angenommen. Die Generalversammlung der Bau- und Betriebsgesellschaft beschloß am 28. Jänner 1902 die Auflösung der Gesellschaft.

Mit der Firma Siemens & Halske wurden am 14. April 1902 die Schlußbriefe gewechselt. Auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Jänner 1902 erfolgte die Eintragung des Unternehmens am 4. April 1902 im Handelsregister unter der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen".

Der nächste Schritt zur Kommunalisierung der Wiener Straßenbahnen war die Erwerbung des nächstgrößten Verkehrsunternehmens, der im Jahre 1873 gegründeten „Neuen Wiener Tramwaygesellschaft".

Die Verhandlungen mit der k. k. priv. Österreichischen Länderbank, die einen Großteil der Aktien dieser Gesellschaft besaß, wegen Ablösung des Bahnnetzes, der Liegenschaften und Gebäude, des Fahrparks und sonstigen Zubehörs sowie wegen Durchführung des Umbaues auf den elektrischen Betrieb führten zu dem Ergebnis, daß die Gemeinde hiefür ein Entgelt von 15,6 Millionen Kronen zu entrichten hatte.

Die Führung des Betriebes sollte bis Ende 1903 die „Neue Wiener Tramwaygesellschaft" auf Rechnung der Gemeinde besorgen, den Umbau die Österreichischen Schuckertwerke durchführen. Der diesbezügliche Antrag des Bürgermeisters wurde vom Stadtrat am 30. April und vom Gemeinderat am 6. Mai 1902 angenommen. Die Konzession für dieses Netz wurde am 25. Juli 1902 erteilt und schon am 5. August desselben Jahres war der Bauvertrag mit der Länderbank und der Ablösungs- und Betriebsvertrag mit der „Neuen Wiener Tramwaygesellschaft" abgeschlossen.

Da sich jedoch die betriebsführenden Gesellschaften nicht entschließen konnten, gewisse Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete, insbesondere die Besserstellung ihrer Angestellten, durchzuführen, beschloß der Gemeinderat am 12. Mai 1903, den Betrieb aller städtischen Straßenbahnen vom 1. Juli 1903 an selbst zu führen.

Dieser Tag ist der eigentliche Gründungstag eines neuen großen städtischen Unternehmens. In den folgenden Jahren kam es, in dem Bestreben, alle Verkehrsmittel der Stadt Wien in den Eigenbetrieb der Gemeinde unter einheitlicher Führung zu vereinigen, zum Ankauf der im Jahre 1898 von der Bahnbau- und Betriebsunternehmung Ritschl & Co. gebauten elektrischen Bahn nach Kagran um den Preis von 1,2 Millionen Kronen. Der Gemeinderat beschloß am 12. Juli 1904 die Erwerbung dieser Bahn.

Von den im Bereiche der Stadt gelegenen privaten Nahverkehrsunternehmungen, der Dampftramway, vormals Krauss & Co., der Lokalbahn Wien—Guntramsdorf der A.G. der Wiener Lokalbahnen und der Zahnradbahn auf den Kahlenberg der Kahlenberg Eisenbahn A.G., kam für eine Übernahme und den späteren Umbau auf den elektrischen Betrieb vor allem die Dampftramway in Betracht. Die häufigen Klagen über den mangelhaften Verkehr und die wiederholten Stockungen, besonders aber die mit dem Landesgesetz vom 28. Dezember 1904 vollzogene Vereinigung der am linken Donauufer gelegenen Ortsgemeinden in den neuen 21. Bezirk, führten nach langwierigen Verhandlungen zur Kommunalisierung des Betriebes.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 28. Mai 1907 erfolgte die Erwerbung des ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögens der Gesellschaft um 4,688.000 Kronen und die Übernahme rückwirkend vom 1. Jänner 1907.

Die Umwandlung der Dampfstraßenbahnlinien in den elektrischen Betrieb wurde streckenweise durchgeführt und erst nach dem ersten Weltkrieg in den Jahren 1920 bis 1922 abgeschlossen.

Seit der Vereinigung der Wiener Straßenbahnen in den Händen der Gemeinde Wien war der Betrieb in ständiger Entwicklung begriffen. Dies trifft vor allem für die ersten zehn Jahre bis zum ersten Weltkrieg zu, wo unter der zielbewußten Leitung des ersten Direktors Ing. Spängler das Netz ständig ausgebaut wurde und binnen zehn Jahren in seiner Länge fast verdoppelt werden konnte, während sich die Wagennutzleistung und Beförderungsleistung auf das Zweieinhalbfache erhöhten.

Die Weiterentwicklung wurde durch den ersten Weltkrieg aufgehalten, während die Frequenz sprunghaft anstieg. Da dadurch die Straßenbahn nach dem Kriege als alleiniges Massenverkehrsmittel Wiens — an eine Untergrundbahn war wegen der hohen Kosten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu denken — an einigen ihrer Hauptstrecken bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit ausgenützt war, wurde von der damaligen Stadtverwaltung dank der Initiative des Bürgermeisters Karl Seitz der wiederholt aufgetauchte Plan der Elektrifizierung der Stadtbahn und ihrer Einbeziehung in das städtische Verkehrsnetz wieder aufgegriffen und zur Durchführung gebracht. Die Wiener Stadtbahn war ursprünglich von der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien, die aus Vertretern aus Staat, Land und Gemeinde gebildet war, als Dampfbahn errichtet und im Jahre 1898 in Betrieb genommen worden.

Da bei ihrer Linienführung strategische Zwecke mitbestimmend waren, ist diese mangels einer Radialverbindung durch das Stadtzentrum keine besonders glückliche. Als Rundlinie um die Stadt ohne tarifliche Verbindung mit dem Straßenbahnnetz hatte sie daher seit jeher unter schwacher Frequenz zu leiden und ihr Betrieb führte zu dauernd steigendem Defizit. Sie wurde daher nach dem ersten Weltkrieg völlig eingestellt.

Da sich die Bundesbahn in den Folgejahren zur Wiederaufnahme des Betriebes nicht entschließen konnte, wurde durch Bürgermeister Seitz im August 1923 seitens der Gemeinde Wien der Bundesbahnverwaltung der Antrag gemacht, die Wiental-, Gürtel- und Donaukanallinie der Gemeinde Wien zur Elektrifizierung und Betriebsführung zu überlassen. Am 13. März 1924 wurde der diesbezügliche Vertrag zwischen Bund und Gemeinde unterzeichnet. Das für 30 Jahre abgeschlossene Abkommen enthielt leider die Vertragsbestimmung, daß der Bund, falls er beabsichtige, einen elektrischen Vollbahnbetrieb einzurichten, diesen Vertrag schon nach zehn Jahren kündigen könne. Diese Kündigungsbestimmung, die die Ausstattung der Wiener Stadtbahn mit einem einem Schnellbahnbetrieb vollentsprechenden Wagenpark behinderte, ist seit 1934 überholt, weil damals, im Zusammenhang mit der durchgeführten Auflösung der Kommission für Verkehrsanlagen in Wien, das Eigentum am Bahnbestand der Wiental-, Donaukanal- und Gürtellinie an die Stadt Wien überging.

Die erste Teilstrecke der elektrifizierten Stadtbahn, nämlich die Strecke Hütteldorf—Obere Wientallinie—Gürtellinie—Alser Straße, wurde bereits nach einjähriger Bauzeit, am 3. Juni 1925, eröffnet. Am 20. Oktober 1925 wurde der Vollbetrieb mit einer Betriebslänge von 25,6 Kilometer aufgenommen. Durch die Tarifeinheit zwischen Straßenbahn und Stadtbahn hob sich erstens die Frequenz der Stadtbahn von 40 Millionen auf 90 Millionen Fahrgäste jährlich, und zweitens trat die erwünschte Entlastung benachbarter Straßenbahnlinien ein. Sie kann aus dem Wiener Nahverkehr heute nicht mehr weggedacht werden und stellt für Wien einen Ersatz für den in den Zeiten wirtschaftlicher Prosperität versäumten Bau einer Untergrundbahn dar.

In die Zeit nach dem ersten Weltkrieg fällt, wie bereits erwähnt, auch der Umbau der alten Dampfstraßenbahnlinien in Floridsdorf und im Südwesten Wiens auf der Strecke Mauer—Mödling.

Bald nach der Kommunalisierung begann auch bereits die Ergänzung des Straßenbahnnetzes durch Autobus- und Obuslinien. So wurde bereits im Jahre 1905 auf der Linie Simmering—Kaiser-Ebersdorf ein Automobil-Omnibusverkehr eingerichtet; zwei Jahre später folgte eine zweite Linie, Kagran—Leopoldau—Floridsdorf. Beide Linien wurden später durch Straßenbahnlinien ersetzt.

Fünf Jahre nach der Kommunalisierung am 16. Oktober 1908 wurde die erste österreichische Obuslinie, nämlich die „gleislose Bahn mit elektrischer Oberleitung", System Stoll, auf der Linie Pötzleinsdorf—Salmannsdorf errichtet und bis zum Jahre 1938 betrieben, zu welchem Zeitpunkt ihre Wagen wegen Überalterung ausgeschieden werden mußten und durch Benzinautos ersetzt wurden. Auch diese Linie besteht heute nicht mehr, weil ihr Einzugsgebiet von der im Jahre 1945 eröffneten Obuslinie 22 bestrichen wird.

Gleichfalls im Jahre 1908 erwarb die Gemeinde Wien den Pferdestellwagenbetrieb der 1881 gegründeten Vienna General Omnibus Company und hielt zunächst mit der Absicht, auch diesen Betrieb zu motorisieren, den Pferdeomnibusverkehr durch die Innere Stadt mit großem Verlust aufrecht.

Die Wahl für die erste Erprobung fiel zunächst auf Elektromobile, also Akkumulatorenwagen. Im Verein mit der Akku-AG und den österreichischen Daimlerwerken wurde Anfang 1912 eine Probelinie Stephansplatz—Volksoper eingerichtet und der Betrieb auf Rechnung der Gemeinde von der neu gegründeten „Daimler-Tudor-Omnibusgesellschaft" geführt. Der Verkehr wickelte sich reibungslos ab und bot den Vorteil, daß die Betriebskraft aus eigenen Elektrizitätswerken billigst erzeugt wurde. Nachteilig war allerdings, daß die Akkumulatoren nur über eine Strecke von 30 km ohne Nachladung reichten und die Ladestellen zur Vermeidung von Leerfahrten an den Endpunkten liegen ließen, ein Umstand, der jede Änderung der Linienführung oder Führung von Ausflugs- und Bedarfslinien ausschloß.

Da die Betriebserfahrungen mit Benzinstellwagen aus Berlin, London und Paris ergaben, daß bei gleichem Fassungsraum ihr Betrieb sich wesentlich billiger stellte als der der Akkumulatorenwagen, wurde anläßlich der Adriaausstellung eine 10 km lange Probelinie über den Stephansplatz zum Südbahnhof mit Benzinkraftstellwagen verschiedener Lieferfirmen, wie die Autobusse damals genannt wurden, betrieben. Der Entschluß, diesen Betrieb auszuweiten, wurde durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges unterbrochen. Bald darauf wurde auch der Akku-Betrieb wegen Bleimangels eingestellt. Zu Ende des ersten Weltkrieges mußte dann auch der Pferdebetrieb durch die Innere

Stadt wegen des schlechten Zustandes der Pferde aufgegeben werden.

Das im Krieg eingestellte Stellwagen-Unternehmen wurde im Mai 1919 unter der Bezeichnung „Gemeinde Wien — Städtische Kraftstellwagen-Unternehmung" neu eingerichtet. Der Betrieb wurde zunächst auf der Strecke Praterstern—Stephansplatz—Schottenring aufgenommen und in der Folge auf mehrere Tag- und Nachtlinien ausgedehnt. Wegen Unwirtschaftlichkeit wurde jedoch der Betrieb auf den Taglinien im März 1922 wieder eingestellt.

Im Zuge der von der Gemeinde Wien eingeleiteten Sparmaßnahmen wurde mit Gemeinderatsbeschluß vom 3. November 1922 das vorgenannte selbständige Unternehmen aufgelöst und der gesamte Betrieb den Straßenbahnen übertragen. Erst von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich dieser neue Betriebszweig der städtischen Straßenbahnen zu größerem Umfang.

Die aufgelassenen Taglinien wurden im Oktober 1923 wieder aufgenommen und bis zum Jahre 1930 auf sechs Tag- und fünf Nachtlinien, von einer Linienlänge von rund 78 km ausgebaut. Mit ihnen wurde eine Wagenleistung von 3,9 Mill. km erzielt, und in den besten Zeiten, vor dem zweiten Weltkrieg, 30 Millionen Fahrgäste jährlich befördert.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges wurde der Autobusbetrieb zunächst stark eingeschränkt und schließlich mit Ausnahme einer auf Stadtgas umgebauten Außenlinie vollständig eingestellt.

Er büßte überdies bei Kriegsende fast seinen gesamten Fahrpark von 135 Autobussen durch Zerstörung und Verschleppung ein.

Aber nicht nur dem Autobusbetrieb fügte der totale Krieg des Jahres 1945 schweren Schaden zu. Auch für die Straßenbahn begann sein Vernichtungswerk mit den gefürchteten Bombenangriffen, die jeden geordneten Betrieb lahmlegten, bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 und erreichte in den 18 Fliegerangriffen auf das Stadtgebiet vom Jahresbeginn 1945 bis zum Zusammenbruch seinen ersten Höhepunkt. Der zweite, der an Anlagen und Fahrbetriebsmitteln noch weit größere Schäden verursachte, war der verbrecherische Versuch, die Stadt mit unzulänglichen Mitteln gegen den Ansturm einer kampferprobten Heeresmacht zu verteidigen und die sinnlose Verwüstung der abziehenden Verbände. Die Kampftage brachten die schwerste Einbuße an Fahrbetriebsmitteln, da die nach dem Ausbleiben des Stromes auf der Strecke gebliebenen Wagen als Barrikaden verwendet wurden und durch Artilleriebeschuß und Brände in großer Zahl zugrunde gingen.

Die Fahrleitungen lagen, von den durchfahrenden Panzerwagen zerrissen, auf der Straße, die Maste waren umgelegt, alle Brücken gesprengt und viele Bahnhöfe und Betriebsobjekte zerstört und ausgebrannt. Einen kleinen Begriff von den Schäden mögen die folgenden Zahlen geben:

60 Prozent des Fahrparks waren zerstört oder unbrauchbar. Im Netz klafften 500 Bombentrichter und die Schienen waren in einer Länge von 12 km zerstört. Von 660 km Oberleitung lagen 270 km am Boden. 500 Maste waren zerstört, 800 beschädigt. Von 19 Betriebsbahnhöfen waren 12 schwer beschädigt. Von 8 Autogaragen blieben nur 2 verschont, 2 waren völlig zerstört. Auf der Stadtbahn waren 4 Brücken schwer und 2 leichter beschädigt, 13 Gewölbe der Hochbahnstrecke und die Eindeckungen der Stützmauern an 35 Stellen schwer beschädigt. Demzufolge kam im Zuge der Kampfhandlungen der Verkehr völlig zum Erliegen.

Es ist gut, daran zu erinnern, weil wir heute schon wieder vergessen haben, wie sehr Wien damals darnieder lag. Dank der Treue unserer Bediensteten zum Unternehmen und aufopfernden Arbeit aller unter der neuen Leitung, die am 20. April 1945 bestellt worden war und die die Geschicke des Unternehmens zunächst Herrn Direktor Resch, später dann Herrn Direktor Benesch anvertraute, die in unermüdlicher und zielbewußter Führung übermenschliches leisteten, konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit die ärgsten Schäden behoben und der Betrieb Linie für Linie wieder aufgenommen werden.

So fuhren auf 5 westlichen Radiallinien bereits am 29. April 1945 wieder die ersten Wagen und ein Monat später konnte als Rückgrat des Rumpfverkehrs die Stadtbahnstrecke Hietzing—Hauptzollamt, wieder ein Monat später die Obere Wientallinie und nochmals ein Monat später der Rundverkehr auf der Stadtbahn wieder aufgenommen werden. Bis Ende 1945 waren bereits wieder 35 Linien mit einer Betriebslänge von 142 km also etwa 50 Prozent der ursprünglichen Netzlänge wieder in Betrieb. Was das an Hingabe und Überwindung von Schwierigkeiten in diesen Hungermonaten bedeutete, kann nur der ermessen, der diese Zeiten beim Unternehmen mitgemacht hat. Das Lied der Arbeit für die Gemeinschaft ist nie reiner erklungen.

Trotzdem die Schwierigkeiten in den ersten Nachkriegsjahren zunächst eher anwuchsen, wurde der Linienaufbau unentwegt vorwärtsgetrieben, so daß Ende 1947 bereits 53 Linien bei einer Betriebslänge von 238 km in Betrieb standen. Heute werden 67 Linien auf 265 km Netzlänge geführt, das sind nur 2 km weniger als die Straßenbahn vor dem Krieg betrieben hatte.

In den letzten Monaten haben wir auch den Wiederaufbau der restlichen Stadtbahnteilstrecken nach Heiligenstadt in Angriff genommen, so daß im Spätsommer des nächsten Jahres auch dort die ganze frühere Betriebslänge von 26,6 km erreicht werden wird.

Der Wagenauslauf, also die Zahl der im Verkehr stehenden Wagen, der im letzten Vergleichsjahr von Straßen- und Stadtbahn zusammen 2440 Wagen betrug, konnte im Jahre 1952 bereits wieder auf 2181 gebracht werden. Dies wurde durch außerordentliche Reparaturleistungen der Hauptwerkstätte und der Waggonfabriken sowie durch die Neuanschaffung von 92 Triebwagen und 90 Beiwagen erreicht.

Auch der Autobusbetrieb, von dem im Kriegsjahr 1945 ganze 9 Wagen übriggeblieben waren, mußte völlig neu aufgebaut werden. Die Wiener Verkehrsbetriebe verfügen heute über einen Autobuspark von rund 150, zum überwiegenden Teil neubeschaffter Autobusse, die im Tagverkehr auf 6 innerstädtischen und 11 peripheren Linien mit einer Linienlänge von 120 km, und auf 7 Nachtlinien mit einer Linienlänge von 40 km laufen. Dazu kommt noch die erwähnte Obuslinie 22 mit 10 modernen Obussen. Die Jahresleistung dieser Linien zusammen betrug im Jahre 1952 33½ Millionen Fahrgäste bei 6 Millionen Nutzkilometern. Der Autobusverkehr hat also den Vorkriegsstand bereits um ein beträchtliches überschritten.

Die Wiederinstandsetzung der Bahnhöfe und sonstigen Baulichkeiten ist fast völlig durchgeführt, die verlorenen und teilweise noch besetzten Garagen wurden durch den Bau einer modernen Großgarage in der Engerthstraße ersetzt.

Die enormen Summen, die für die Behebung der Bauschäden und Instandsetzung und Wiederbeschaffung des Wagenparks notwendig waren, konnten von den Verkehrsbetrieben unmöglich aus eigenem aufgebracht werden. Die entsprechende Hilfe in wirtschaftlicher Beziehung brachte der im Jahre 1948 vorgenommene Zusammenschluß der beiden anderen großen städtischen Unternehmungen, dem Elektrizitätswerk und Gaswerk, zu einem gemeinsamen Wirtschaftskörper in den Wiener Stadtwerken.

Wenn nun auch in absehbarer Zeit das Verkehrsnetz in seiner früheren Anordnung völlig wiedererstanden sein wird, bleibt für die Zukunft des Unternehmens noch viel zu tun übrig. Die vordringlichste Sorge der nächsten Jahre ist die Erneuerung und Modernisierung des veralteten Wagenparks sowie die weitere Erschließung der Randgebiete der Stadt Wien durch zusätzliche Autobus- oder Obuslinien.

Staatsprüfungen für Stenographie und Maschinschreiben in Wien

Die nächsten bundesstaatlichen Prüfungen für das Lehramt in Kurzschrift und Maschinschreiben sowie für Stenotypie und öffentlichen Kanzleidienst (Allgemeine Kanzleiprüfung) finden in Wien in der Zeit vom 8. bis 31. Oktober statt. Die ordnungsmäßig belegten und gestempelten Zulassungsgesuche sind bei der Direktion der Prüfungskommission in Wien 4, Argentinierstraße 11, am 14., 15. und 16. September zwischen 15 und 18 Uhr einzureichen.

Gemeinderatsausschüsse

Gemeinderatsausschuß V

Sitzung vom 8. September 1953

Vorsitzender: GR. Prim. Dr. Eberle.

Anwesende: Amtsf. StR. VBgm. Weinberger, die GRe. Bucher, Glaserer, Heigelmayr, Dr. Jakl, Kowatsch, Krämer, Platzer, Dr. Stürzer und Wiedermann, ferner GR. Wicha, OMR. Dr. Tait, Stadtphysikus Doktor Schweeger und VOK. Aigner.

Entschuldigt: Die GRe. Guger und Schiller.

Schriftführer: Reisinger.

GR. Prim. Dr. Eberle eröffnet die Sitzung.

Nachstehende Magistratsanträge werden genehmigt:

Berichterstatter: GR. Heigelmayr.

(A.Z. 63/53; M.Abt. 17 — VI 1135/53.)

Für den Mehraufwand bei der Anschaffung eines Elektroencephalographen für die Nervenheilanstalt Rosenhügel wird im Voranschlag 1953 zu Rubrik 512, Krankenhäuser, unter Post 54, Inventaranschaffungen, lfd. Nr. 169 (derz. Ansatz 1,921.890 S), eine fünfte Überschreitung in der Höhe von 36.000 S genehmigt, die in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Wiedermann.

(A.Z. 65/53; M.Abt. 17 — VI 1133/53.)

Für erhöhten Mehraufwand für Inventarerhaltung in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wird im Voranschlag 1953 unter Post 22, Inventarerhaltung,

zu Rubrik 421, Altersheime (derz. Ansatz 3,750.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	41.800 S
zu Rubrik 512, Krankenhäuser (derz. Ansatz 5,350.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	122.000 S
zu Rubrik 513, Ehemalige Fondskrankenanstalten (derz. Ansatz 8,850.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	213.000 S
zu Rubrik 516, Anstaltenhauptlager (derz. Ansatz 5000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	1.500 S
zusammen	378.300 S

genehmigt, die in Mehreinnahmen

der Rubrik 512, Krankenhäuser, unter Post 2 a, Verpflegskostenzahlungen: Krankenkassen, mit dem Teilbetrag von	273.900 S
der Rubrik 515, Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, unter Post 2a, Gebühren: Krankenkassen, mit dem Teilbetrag von	104.400 S
zusammen	378.300 S

zu decken sind.

Berichterstatter: GR. Glaserer.

(A.Z. 60/53; M.Abt. 17 — VI 3187/53.)

Die Magistratsabteilung 17 — Anstaltenamt wird ermächtigt, die infolge notwendig gewordener Fällung von stark vermoderten Bäumen anfallende Holzmenge von zirka 14 rm an Bedienstete des Erziehungsheimes Schloß Wilhelminenberg zum Preise von 35 S pro Raummeter abzugeben.

Berichterstatter: GR. Bucher.

(A.Z. 59/53; M.Abt. 17 — VI 1122/53.)

Für die Deckung des erhöhten Aufwandes für Verbrauchsmaterialien in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wird im Voranschlag 1953 unter Post 24, Verbrauchsmaterialien,

zu Rubrik 421, Altersheime (derz. Ansatz 22,000.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	52.000 S
zu Rubrik 512, Krankenhäuser (derz. Ansatz 41,000.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	296.700 S
zu Rubrik 513, Ehemalige Fondskrankenanstalten (derz. Ansatz 55,000.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	725.000 S
zusammen	1,073.700 S

genehmigt, die in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben zu decken sind.

Berichterstatter: GR. Kowatsch.

(A.Z. 58/53; M.Abt. 17 — VI 1151/53.)

Für verschiedene Inventaranschaffungen (medizinische Apparate und Geräte) im Krankenhaus Lainz wird im Voranschlag 1953 zu Rubrik 512, Krankenhäuser, unter Post 54, Inventaranschaffungen, lfd. Nr. 152 (derz. Ansatz 1,891.390 S), eine vierte Überschreitung in der Höhe von 30.500 S genehmigt, die in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Dr. Jakl.

(A.Z. 64/53; M.Abt. 17 — VI 1107/53.)

Für die Ergänzung und Erhaltung von Dienst- und Arbeitskleidern in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wird im Voranschlag 1953 unter Post 23, Dienst- und Arbeitskleider,

zu Rubrik 403, Erziehungsheime (derz. Ansatz 76.200 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von	4.800 S
zu Rubrik 512, Krankenhäuser (derz. Ansatz 519.000 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von	18.000 S
zu Rubrik 513, Ehemalige Fondskrankenanstalten (derz. Ansatz 1,105.000 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von	150.000 S
zusammen	172.800 S

genehmigt, die in Mehreinnahmen

der Rubrik 421, Altersheime, unter Post 2 c, Verpflegskostenzahlungen: fremde Fürsorgeverbände mit dem Teilbetrag von	154.200 S
und der Rubrik 515, Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, unter Post 2 a, Gebühren: Krankenkassen, mit dem Teilbetrag von	18.600 S
zusammen	172.800 S

zu decken sind.

Berichterstatter: GR. Dr. Stürzer.

(A.Z. 57/53; M.Abt. 17 — VI 1090/53.)

Für die Ergänzung und Erhaltung von Dienst- und Arbeitskleidern in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wird im Voranschlag 1953 unter Post 23, Dienst- und Arbeitskleider,

zu Rubrik 403, Erziehungsheime (derz. Ansatz 70.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	6.200 S
zu Rubrik 512, Krankenhäuser (derz. Ansatz 450.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	69.000 S
zu Rubrik 513, Ehemalige Fondskrankenanstalten (derz. Ansatz 1,100.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von	5.000 S
zusammen	80.200 S

genehmigt, die in Mehreinnahmen der Rubrik 515, Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, unter Post 2 a, Gebühren: Krankenkassen, zu decken sind.

Berichterstatter: GR. Dr. Jakl.

(A.Z. 62/53; M.Abt. 17 — VI 1180/53.)

Die Anschaffung von medizinischen Erfordernissen für die wiederaufgebauten Pavillons des Franz Josef-Spitals im Betrage von 300.000 S wird genehmigt.

Die Kosten sind auf der Kreditpost 54, lfd. Nr. 209, der genannten Anstalt zu bedecken.

(A.Z. 56/53; M.Abt. 17 — VI 1127/53.)

Für erhöhte Pfleglingsentschädigungen in den Altersheimen wird im Voranschlag 1953 zu Rubrik 421, Altersheime, unter Post 28, Verschiedene sonstige Betriebsausgaben (derz. Ansatz 2,000.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 57.500 S genehmigt, die in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben zu decken ist.

Berichterstatter: GR. Krämer.

(A.Z. 55/53; M.Abt. 17 — VI 1105/53.)

Zur Anschaffung von Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen für die Krankenpflegeschule im Wilhelminen-Spital wird im Voranschlag 1953 zu Rubrik 513, Ehemalige Fondskrankenanstalten, unter Post 54, Inventaranschaffungen, lfd. Nr. 206 (derz. Ansatz 5,535.000 S), eine erste Überschreitung in der Höhe von 171.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 513, Ehemalige Fondskrankenanstalten, unter Post 51, Bauliche Investitionen, lfd. Nr. 194, Neubau des Schwesternheimes im Wilhelminen-Spital, dritte Rate, zu decken ist.

Gemeinderatsausschuß VI

Sitzung vom 10. September 1953

Vorsitzender: GR. Dr. Prutscher.

Anwesende: Amtsf. StR. Thaller, die GRe. Dinstl, Fürstenhofer, Jodlbauer, Arch. Ing. Lust, Maller, ferner StBDior. Dipl.-Ing. Gundacker, OSR. Dipl.-Ing. Steiner, die SRe. Dr.-Ing. Tillmann, Dipl.-Ing. Frey.

Entschuldigt: die GRe. Potetz, Dipl.-Ing. Rieger, Wiedermann, Dipl.-Ing. Witzmann, Kammermayer.

Schriftführer i. V.: Verwaltungsoffizial Mitteregger.

Berichterstatter: GR. Dinstl.

(A.Z. 2105/53; M.Abt. 24 — 5310/39/53.)

Die Gewichtsschlosserarbeiten für den städtischen Wohnhausbau, 15, Plunkergasse-Zwingligasse, sind der Firma Johann Balaika, 4, Schaumburgergasse 1, auf Grund ihres Anbotes vom 7. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2102/53; M.Abt. 24 — 5310/38/53.)

Die Beschlagschlosserarbeiten für den städtischen Wohnhausbau, 15, Plunkergasse-Zwingligasse, sind der Firma Friedrich Kremser, 14, Hütteldorfer Straße 176, auf Grund ihres Anbotes vom 6. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2097/53; M.Abt. 27 — II S 4/53.)

Die Generalinstandsetzung der städtischen Wohnhausanlage 2, Engerthstraße 230, Stiegen 1—19, mit einem Gesamtbetrag von 790.000 S wird genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten sind der Firma Preslickas Wtw., 13, Lainzer Straße 122, und der Firma Hatzl, Eis & Co., 4, Schönburgstraße 5, und die Anstreicherarbeiten der Firma Anton Strnad, 2, Aloisgasse 2, und der Firma Bilek, 15, Henriettenplatz 7, auf Grund ihrer Anbote zu übertragen.

(A.Z. 2080/53; M.Abt. 23 — N/2/150/50.)

Die Fensterbeschlagsschlosserarbeiten für den Neubau des Theresienbades, 12, Hufelandgasse 3, sind der Firma Stephan Wasser, 17, Rosensteingasse 20, auf Grund ihres Anbotes vom 17. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2084/53; M.Abt. 32 — Sch XV/19/53.)

In Abänderung der nach § 99 vom Stadtsenat mit Pr.Z. 1691/53 am 4. August 1953 für den GRA. VI genehmigten Vergebung des Einbaues einer Warmwasserheizungsanlage in der Schule, 15, Zinckgasse 12—14, werden diese Arbeiten der Firma Alfred A. Arnold, 9, Wasagasse 6, auf Grund ihres Anbotes vom 23. Juni 1953 und Anbotsberichtigung vom 11. August 1953 übertragen.

(A.Z. 2047/53; M.Abt. 21 — VA 108/53.)

Die Lieferungen von 500 Stück Bodentüren, aus Stahlblech gepreßt, beziehungsweise von 1750 Stück eisernen Kellerfenstern beziehungsweise von 200 Stück eisernen Waschküchenfenstern werden den Firmen Franz Bidla, 16, Roseggergasse 25, beziehungsweise Viktor Otte, 14, Linzer Straße 160, beziehungsweise M. & R. Siroky, 3, Landstraßer Hauptstraße 155, zu deren Anbotpreisen übertragen.

Die Kosten sind in den Krediten der Verwendungsstellen zu bedecken.

(A.Z. 2070/53; M.Abt. 25 — EV 106/52.)

Die weitere Erhöhung des mit Beschluß des GRA. VI, Z. VI — 737/53, vom 16. April 1953 für die Durchführung der als Ersatzvornahme angeordneten Sicherungsmaßnahmen im Hause, 14, Weinzierlgasse 12, bewilligten Betrages von 94.000 S um 16.000 S auf 110.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2052/53; M.Abt. 25 — EV 603/53.)

Die Erhöhung des mit Beschluß des GRA. VI, Z. 13/53, vom 8. Jänner 1953 für die Durchführung der als Ersatzvornahme angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 1, Ebendorferstraße 8, bewilligten Betrages von 260.000 S um 90.000 S auf 350.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2053; M.Abt. 25 — EV 552/51.)

Die Erhöhung des mit Beschluß des GRA. VI, Z. 79/53, vom 22. Jänner 1953 für die Durchführung der als Sofortmaßnahme angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause, 1, Operngasse 8, bewilligten Betrages von 80.000 S um 20.000 S auf 100.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2055/53; M.Abt. 24 — 5331/43/53.)

Die Beschlagschlosserarbeiten für die Baustelle, 23, Schwechat, Himberger Straße 2—4, sind der Firma Franz Lehner, 23, Rannersdorf 42, auf Grund ihres Anbotes vom 16. Juli 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2054/53; M.Abt. 24 — 5145/43/53.)

Die Schlossergewichtsarbeiten für 11, Zippererstraße-Eisteichstraße (Bunker), sind der Firma Stefan Wasser, 17, Rosensteingasse 15, auf Grund ihres Anbotes vom 20. Juli 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2046/53; M.Abt. 21 — VA 107/53.)

Die Lieferung von 10.000 Stück beziehungsweise 5000 Stück gußeiserner Kamintürchen wird den Firmen Meidlinger Eisengießerei, 12, Murlingengasse 11, beziehungsweise der Firma Wallner & Neubert, 5, Schönbrunner Straße 13, zu deren Anbotpreisen übertragen. Die Kosten sind in den Krediten der Verwendungsstellen zu bedecken.

(A.Z. 1944/53; M.Abt. 21 — VA 123/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. II, den Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Der bei der Rubrik 613, Baustoffebeschaffung (M.Abt. 21), im Voranschlag 1953 in der durchlaufenden Verrechnung für die Anschaffung von Lagerwaren ab 1. Juli 1953 vorgesehene Betrag von 30 Mill. S wird um 3 Mill. S auf 33 Mill. S erhöht.

2. Diese Erhöhung gilt bis 30. April 1954. Im Voranschlag 1954 ist die entsprechende Terminisierung vorzusehen.

(A.Z. 2175/53; M.Abt. 27 — E IV/21/6/53.)

Die Durchführung der Instandsetzungsarbeiten im Werkstättentrakt des städtischen Wohnhauses, 4, Viktorgasse 4, mit einem Gesamtkostenerfordernis von 141.200 S wird genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten sind der Firma Karl Gödrich, 13, Neue Welt-Gasse 5 B, zu den Preisen ihres Anbotes zu übertragen.

(A.Z. 2190/53; M.Abt. 26 — I AH 78/80/53.)

Der Umbau der Abortanlagen nächst der Stiege 10 im Neuen Wiener Rathaus mit einer Gesamtkostensumme von 900.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2188/53; M.Abt. 26 — Hb/1/8/53.)

Die Baumeisterarbeiten für die Unterteilung von Schlafsälen in der Herberge, 3, Arsenalstraße 9, sind der Firma Dipl.-Ing. Hauptner, 9, Alserbachstraße 22, auf Grund ihres Anbotes vom 4. September 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2180/53; M.Abt. 24 — 5317/47/53.)

Die Beschlagschlosserarbeiten für den Wohnhausbau, 10, Neilreichgasse-Graffgasse-Herzgasse sind der Firma Leopold Schneider, 2, Untere Augartenstraße 28, auf Grund ihres Anbotes vom 20. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2145/53; M.Abt. 23 — N 2/124/50.)

Die Gewichtsschlosserarbeiten für den Bau des Theresienbades, 12, Hufelandgasse 3, sind der Firma Johann Sommer, 9, Pfluggasse 7, auf Grund ihres Anbotes vom 17. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2081/53; M.Abt. 24 — 5292/58/53.)

Die Gewichtsschlosserarbeiten für den städtischen Wohnhausbau, 17, Hernalser Hauptstraße-Ortliebgasse sind der Firma Stefan Wasser, 17, Rosensteingasse 20, auf Grund ihres Anbotes vom 14. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2162/53; M.Abt. 24 — 5342/76/53.)

Die Beschlagschlosserarbeiten für die städtische Wohnhausanlage, 3, Am Modenapark-Grimmelshausengasse-Gottfried Keller-Gasse sind den Firmen Josef Oppel, 15, Grimmgasse 26, und Georg Hickersberger, 15, Lehnergasse 12, auf Grund ihrer Anbote vom 19. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 1747/53; M.Abt. 32 — Sch XV/19/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird gemäß § 99 GV nachträglich zur Kenntnis genommen und an den GRA. II und Gemeinderat weitergeleitet.

Der Einbau einer Warmwasserheizungsanlage in der Schule, 15, Zinckgasse 12—14, mit einem Gesamtkostenbetrag von 440.000 S wird genehmigt.

Die 2. Baurate in der Höhe von 225.000 S ist in dem kommenden Voranschlag 1954 vorzusehen.

Die Arbeiten für die Herstellung der Warmwasserheizungsanlage in der Schule, 15, Zinckgasse 12—14, werden der Firma Neukom, 10, Quellenstraße 215, auf Grund ihres Anbotes vom 28. Juni 1953 übertragen.

Dem Ansuchen der Firma Dipl.-Ing. Neukom um vorzeitige Ausfolgung des Deckungsrücklasses gemäß den Besonderen Rechtlichen Vertragsbedingungen 1949 § 23 wird stattgegeben.

Berichterstatter: GR. Fürstenhofer.

(A.Z. 2077/53; M.Abt. 28 — 5900/53.)

1. Der Umbau der Gleiszone der ehemaligen Preßburger Lokalbahn in der Erdberger Lände von der Wassergasse bis ONr. 34 im 3. Bezirk, wird mit dem bedeckten Kostenerfordernis von 95.000 S genehmigt.

2. Die Erd- und Pflasterungsarbeiten werden der Firma Josef Mayers Wwe., 10, Neilreichgasse 72, nach ihrem Anbote vom 13. August 1953 übertragen.

(A.Z. 2050/53; M.Abt. 18 — Reg. XXIV/13/52.)

In unwesentlicher Ergänzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans werden für das im Plan Nr. 2711, Zl. M.Abt. 18 — Reg. XXIV/13/52, mit den Buchstaben a—f (a) umschriebene Plangebiet im Bereiche der Königswiese in der Vorderbrühl, KatG. Mödling, auf Grund des § 1 der BO für Wien folgende Bestimmungen getroffen:

1. Für die im Antragsplan Nr. 2711 gelb angelegte Fläche wird die Zustimmung zur Nutzung für eine Kleingartenanlage gegen Widerruf auf die Dauer von zehn Jahren, das ist bis 31. Dezember 1963, erteilt.

2. Die im Plan rot angelegte Wegfläche wird als Zugang und Zufahrt zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und der Kleingartenanlage festgelegt.

Das mit Schreiben des Grundeigentümers zugesicherte Wegservitut sowie die allgemeine Zugänglichkeit zur Kleingartenanlage auf den dem Fürsten Liechtenstein gehörigen Grundflächen, ist im Grundbuch ersichtlich zu machen.

3. Die im Plan Nr. 2711 violett gezeichnete und gestrichelte Linie wird als provisorische Hauptabfriedungslinie bestimmt.

4. Der in den Plänen (Blg. 1 und 2) rot eingezeichneten Provisorischen Aufteilung auf Kleingartenlose wird zugestimmt.

5. Die durch die Anlage führenden Aufschließungswege, ein 2,50 m breiter Umfassungsweg und der Servitutsweg, müssen von den Kleingärtnern einfach begehbar hergestellt und dauernd in gutem Zustande erhalten werden.

6. In der Kleingartenanlage dürfen nur Bauführungen nach der Wiener Kleingartenordnung vom Jahre 1936 errichtet werden.

Auf Grund des § 10 der Kleingartenordnung wird die verbaubare Fläche mit 10 Prozent der Losgröße und einem Höchstausmaß von 30 qm, die Gesimshöhe mit 3 m und die Firsthöhe mit 4,50 m festgesetzt.

7. Die grün angelegten Grundstreifen müssen von jeder Verbauung freigehalten werden.

8. Der in die Anlage hereinreichende Baumbestand muß zur Gänze erhalten und darf nicht beschädigt werden.

(A.Z. 2079/53; M.Abt. 21 — VA 121/53.)

1. Der Ankauf von zirka 5000 Stück Normenfenstern und zirka 9000 Stück Normentüren wird im Sinne des Magistratsberichtes genehmigt und die Lieferung an zehn Firmen zu deren Anbotspreisen vergeben. Die Kosten hiefür sind in den Krediten der einzelnen Baustellen zu decken.

2. Dem Ansuchen der Firma Morawski & Co., 1, Seilerstätte 16, um Gewährung einer verzinslichen Vorauszahlung wird stattgegeben.

(A.Z. 2049/53; M.Abt. 18 — Reg. IV/1/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

In Abänderung des Bebauungsplans werden für das im Plan Nr. 2731, Zl. M.Abt. 18 — Reg. IV/1/53, mit den Buchstaben a—d (a) umschriebene Gebiet zwischen Mommsengasse, Belvederegasse, Argentinierstraße und Theresianumgasse im 4. Bezirk (KatG. Wieden) gemäß § 1 der BO für Wien nachstehende Bestimmungen getroffen:

1. Die rot strichlierten Linien werden als innere Baufluchtlinien festgesetzt.

2. Alle übrigen Bestimmungen des Bebauungsplans bleiben in Geltung.

(A.Z. 2087/53; M.Abt. 42 — XXII/50/53.)

Die gärtnerischen Herstellungsarbeiten des städtischen Kinderspielplatzes, 22, Siedlung Hirschstetten, sind der Garten- und Grünflächenbaufirma Otto Gälzer, 13, Lainzer Straße 173, auf Grund ihres Anbotes vom 13. Juli 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2138/53; M.Abt. 49 — 835/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird gemäß § 99 der GV nachträglich zur Kenntnis genommen und an den GRA. VII und Gemeinderat weitergeleitet.

Für die Fortsetzung des Ausbaues der Gahnsstraße bei der Forstverwaltung Stixenstein wird im Voranschlag 1953 zu Rubrik 624, Wasserwerke, unter Post 51, bauliche Herstellungen (auf einer neu zu eröffnenden Manualpost, lfd. Nr. 324 b, Ausbau der Gahnsstraße) (derz. Ansatz 19,000.000 S), eine zweite Überschreitung in der Höhe von 120.000 S genehmigt, die in Minderausgaben der Rubrik 624, Wasserwerke, unter Post 20, Erhaltung der baulichen Anlagen (b Forsterhaltung) zu decken ist.

(A.Z. 2035/53; M.Abt. 18 — Reg. III/1/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

In Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans werden zur Zl. M.Abt. 18 — Reg. III/1/53, Plan Nr. 2673, für das mit den Buchstaben a—g (a) umschriebene Plangebiet zwischen der Neulinggasse, Ziehrerplatz, Hintzerstraße, Landstraßer Hauptstraße, Barichgasse, Barmherzigengasse und dem Dannebergplatz gemäß § 1 der BO für Wien folgende Bestimmungen getroffen:

1. Die im Plan rot vollgezogenen und hinterschrafften Linien werden als Baulinien, die rot vollgezogenen Linien als vordere Baufluchtlinien, die rot strichlierten als seitliche und innere Baufluchtlinien, die rot vollgezogenen und gepunkteten Linien als Straßenfluchtlinien und die rot strichlierten und gepunkteten Linien als Grenzfluchtlinien festgelegt; demnach werden die schwarz gezogenen und gelb gekreuzten Linien außer Kraft gesetzt.

2. Die Gemeinde Wien hat die zu überbauenden Teile ihrer Grundstücke 713, E.Z. 928 und 712, E.Z. 930, beide KatG. Landstraße, im Bauland zu belassen und ist verpflichtet, im Zuge der Neulinggasse die Herstellung einer 17,50 m breiten Straße samt den Einbauten und die Anbringung der Leitungen für die öffentliche Beleuchtung zu dulden und im Falle der Bauführung für die Herstellung einer mindestens 4,50 m hohen Durchfahrt mit beiderseitigen Durchgängen vorzusorgen. Eine Unterkellerung des überbauten Straßenteiles ist unzulässig.

3. Auf der im Plane mit den Ziffern 1—4 (1) umgrenzten Fläche ist die Errichtung eines überhöhten Gebäudeteiles mit einer Gesamthöhe von 24 m zulässig.

4. Die im Plan blau eingetragenen und unterstrichenen Zahlen werden als definitive — auf das Wiener Null bezogene — Straßenhöhen festgelegt.

5. Die Errichtung von Nebengebäuden auf den innerhalb der inneren Baufluchtlinien verbleibenden Hofflächen ist zulässig.

6. Die übrigen Bestimmungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans bleiben in Kraft.

(A.Z. 1953; M.Abt. 18 — Reg. XXI/4/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

In Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für das im Plan Nr. 2691 der M.Abt. 18 — Reg. XXI/4/53, mit den Buchstaben a—h (a) umschriebene Plangebiet zwischen dem Kagraner Platz, der Forstnergasse, der Siebenbürgerstraße, der Polletstraße, der Afritschgasse und der Hirschstettner Straße im 21. Bezirk (KatG. Kagran) werden gemäß § 1 der BO für Wien folgende Bestimmungen getroffen:

1. Der für die Errichtung eines öffentlichen Gebäudes gewidmete Bauplatz zwischen dem Kagraner Platz, der Breitenleer Straße, der Sillingergasse und der Hirschstettner Straße wird als solcher aufgelassen und die Fläche in die Verkehrsfläche einbezogen.

2. Die im Antragsplan rosa lasierte Fläche zwischen der Afritschgasse, der Hirschstettner Straße, der Siebenbürgerstraße und der Polletstraße wird als Bauplatz für öffentliche Zwecke (Schulbauplatz) festgesetzt. Daher tritt die bisherige Widmung dieser Fläche als „öffentlicher Platz" außer Kraft.

3. Die östliche Verlängerung der Verkehrsfläche „Am Freihof" zwischen der Hirschstettner Straße und der Siebenbürgerstraße wird aufgelassen und diese Fläche in das Bauland der Bauklasse I, offen (ortsübliche Bauweise), einbezogen.

4. Die roten und rot hinterschrafften Linien werden als Baulinien und die rot vollgezogenen Linien als vordere Baufluchtlinien bestimmt. Demgemäß verlieren die schwarzen und gelb durchkreuzten Linien als Fluchtlinien ihre Gültigkeit.

(A.Z. 2092/53; M.Abt. 28 — 5430/53.)

1. Der Straßenumbau an der Kreuzung der Hauptstraße mit der Wiener Straße in 23, Himberg, wird mit einem bedeckten Kostenerfordernis von 150.000 S genehmigt.

2. Die Erd-, Straßenbau- und Pflasterungsarbeiten werden der Firma Dipl.-Ing. A. Schlepitzka, 8, Blindengasse 38, die Pechmörtelfugenverguß- und die Kaltasphaltfugenvergußarbeiten der Firma Henisol, 25, Vösendorf, Triester Straße 11, alle nach ihren Anboten vom 29. Juli 1953, übertragen.

(A.Z. 2068/53; M.Abt. 24 — 5101/15/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. II, Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

Die Erhöhung des mit Beschluß des Gemeinderates vom 15. Dezember 1952, Pr.Z. 2914, für die Erbauung der städtischen Wohnhausanlage, 13, Lainzer Straße

Nr. 109 a—117, genehmigten Sachkredites von 6,510.000 S um 420.000 S auf 6,930.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2111/53; M.Abt. 18 — Reg. XVII/8/53.)

In unwesentlicher Abänderung des Flächenwidmungsplans für das im Plan Nr. 2713, Zl. M.Abt. 18 — Reg. XVII/8/53, mit den roten Buchstaben a—d (a) umschriebene Plangebiet an der Promenadegasse O.Nr. 23 bis 33, im 17. Bezirk (Kat.G. Dornbach) werden gemäß § 1 der BO für Wien folgende Bestimmungen getroffen:

1. Die im Antragsplan (Blg. 1) violett strichlierte Linie wird als neue Grenze zwischen Bauland und Grünland festgesetzt. Dementsprechend wird die schwarz strichliert gezogene und gelb gekreuzte Linie als Widmungsgrenze ungültig.

2. Für die gelb lasierte Fläche wird die Widmung: Bauland — Wohngebiet — Bauklasse II — offene Bauweise beibehalten bzw. neu festgesetzt und daher die zutreffende, bisher gültige Widmung: Grünland — Parkschutzgebiet ungültig.

3. Alle sonstigen Bestimmungen des bisher gültigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplans für das gegenständliche Plangebiet bleiben unverändert.

(A.Z. 2107/53; M.Abt. 28 — 6430/53.)

1. Der Umbau der Straßäckergasse von Langobardenstraße bis Reclamgasse im 22. Bezirk wird mit einem Gesamtkostenerfordernis von 200.000 S genehmigt.

2. Die Erd- und Straßenbauarbeiten werden der Firma Ing. Langfelder's Wwe., 1, Eßlinggasse 7, auf Grund ihres Anbotes vom 20. August 1953 übertragen.

(A.Z. 2184; M.Abt. 26 — 14 SP 18/53.)

Die Durchführung von Instandsetzungsarbeiten auf dem städtischen Jugendspielplatz in der Muthsamgasse im 14. Bezirk mit einem Kostenerfordernis von 100.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2156/53; M.Abt. 24 — 5133/65/53.)

Die Gehsteigarbeiten für die städtische Wohnhausanlage 16, Gablenzgasse—Zagorskigasse sind der Firma „Asdag", 3, Marxergasse 25, auf Grund ihres Anbotes vom 31. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2157/53; M.Abt. 24 — 5271/40/53.)

Die Zimmermannsarbeiten für die Errichtung der Baugruppe III der städtischen Wohnhausanlage 5, Heu- und Strohmarkt, sind der Firma Erwin Bock, 14, Bergmillergasse 5, auf Grund ihres Anbotes vom 19. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2167/53; M.Abt. 30 — K 24/14/53.)

Der Bau eines Regenwasserkanales, 24, Münchendorf, Himberger Straße—Hauptstraße, vom Laxenburger Kanal gegen die Kirche, wird mit einem Kostenerfordernis von 440.000 S genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten hiefür werden der Bauunternehmung Ing. A. Himmelstoß' Witwe, 24, Wiener Neudorf, Ferdinandsgasse 16, auf Grund ihres Anbotes vom 6. August 1953 übertragen.

(A.Z. 2178/53; M.Abt. 25 — EV 328/50.)

Die Erhöhung des mit Beschluß des GRA. VI, Zahl 1463/53, vom 25. Juni 1953 für die Durchführung der als Ersatzvornahme angeordneten Sicherungsarbeiten im Hause 2, Glockengasse 4, bewilligten Betrages von 85.000 S um 20.000 S auf 105.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2192/53; M.Abt. 26 — XXI 57/16/53.)

Die Baumeister-, Zimmermanns- und Tischlerarbeiten für die Unterteilung des Festsaales im Amtshaus, 21, Am Spitz 1, durch Einziehung einer Zwischendecke, sind der Firma Wenzl Hartl, 19, Sieveringer Straße 2, auf Grund ihres Anbotes vom 19. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2132/53; M.Abt. 18 — Reg. XXIV/1/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

In Abänderung des Flächenwidmungs- und Babauungsplans werden für das im Plan Nr. 2660, M.Abt. 18 — Reg./XXIV/1/53, mit den Buchstaben a—d (a) umschriebene Gebiet zwischen Leopold Gattringer-Straße und Hyrtlstraße im 24. Bezirk (Kat.G. Brunn am Gebirge) gemäß § 1 der BO für Wien nachstehende Bestimmungen getroffen:

1. Die im Plan rot vollzogenen und hinterschrafften Linien werden als Baulinien, die rot vollgezogenen Linien als vordere Baufluchtlinien, die violett strichlierten Linien als Widmungsgrenzen festgesetzt; demgemäß werden die gelb gekreuzten Fluchtlinien und Widmungsgrenzen außer Kraft gesetzt.

2. Die als Vorgarten bezeichneten Grundstreifen hinter den Baulinien sind gärtnerisch zu gestalten und so zu erhalten.

3. Die geltenden Flächenwidmungen und Bauweisen bleiben ungeändert.

(A.Z. 2147/53; M.Abt. 24 — 5318/29/53.)

Die Asphaltierungs- und Abdichtungsarbeiten für den städtischen Wohnhausneubau, 10, Herzgasse—Dieselgasse—Alxingergasse, sind der Firma Henisol, 25, Vösendorf, Triester Straße 11, auf Grund ihres Anbotes vom 14. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2131/53; M.Abt. 18 — Reg. XXV/2/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

In Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans werden für das im Plan Nr. 2662, M.Abt. 18 — Reg. XXV/2/53, mit den Buchstaben a—o (a) umschriebene Gebiet zwischen Breitenfurter Straße, Wiener Straße und Brunner Straße und an der Brunner Straße im 25. Bezirk (Kat.G. Atzgersdorf und Kat.G. Liesing) gemäß § 1 der BO für Wien nachstehende Bestimmungen getroffen:

1. Die im Plan rot vollgezogenen und hinterschrafften Linien werden als Baulinien, die rot vollgezogenen Linien als vordere Baufluchtlinien, die rot strichlierten Linien als seitliche bzw. innere Baufluchtlinien, die rot vollgezogenen und gepunkteten Linien als Straßenfluchtlinien, die rot strichlierten und gepunkteten Linien als Grenzfluchtlinien, die violett strichlierten Linien als Widmungsgrenzen bzw. als Grenzen der Bauweise festgesetzt. Demgemäß werden die gelb gekreuzten Fluchtlinien und Widmungsgrenzen aufgelassen.

2. Zwischen Brunner Straße und Wiener Straße, in der Verlängerung der Erlaaer Gasse, ist ein öffentlicher Durchgang von 3 m Breite und mindestens 2,80 m lichter Höhe dauernd freizuhalten und sind innerhalb desselben Einbauten zu dulden. Demgemäß darf der Durchgang nicht unterkellert werden.

3. Die im Plan hell-blaugrün lasierten Flächen werden als Wohngebiet, Bauklasse I, offene oder gekuppelte Bauweise, die dunkelblaugrün lasierte Fläche wird als Wohngebiet, Bauklasse I, geschlossene Bauweise, die hellbraun lasierten Flächen werden als Wohngebiet, Bauklasse II, geschlossene Bauweise, die hellgrün lasierten Flächen werden als Grünland-Erholungsgebiet, die braungrün lasierte Fläche wird als Gemischtes Baugebiet, Bauklasse I, geschlossene Bauweise, gewidmet. Demgemäß werden die gelb gestrichenen Widmungs-, Bauklasse- und Bauweisebezeichnungen außer Kraft gesetzt.

4. Für die der Rittergasse und Siebenhirtenstraße (Atzgersdorf) anliegenden Baublöcke wird die „Geschlossene (ortsübliche) Bauweise" festgesetzt.

5. Der Widmungsbezeichnung Grünland-Kleingartengebiet (zwischen Rittergasse und Liesingbach) wird die Bezeichnung „Dauerkleingartenfläche Nr. 56" angefügt. Innerhalb derselben haben die Bestimmungen der Kleingartenordnung (Verordnung vom 1. 8. 1936), mit Beschränkung der zu bebauenden Fläche auf 35 m², zu gelten.

6. Innerhalb des mit den Ziffern 1 bis 6 (1) umschriebenen Gebietes an der Erlaaer Gasse und des mit den Ziffern 7 bis 11 (7) umschriebenen Gebietes an der Brunner Straße, wo städtische Wohnhausanlagen erbaut werden, wird gemäß § 5, Absatz (3) lit. c der BO für Wien die im Plan rot punktiert dargestellte Baumassengliederung und, an der Erlaaer Gasse, die Bauklasse II festgesetzt. Die Bezeichnung der Bauweise „geschlossen" und, an der Erlaaer Gasse, die „Bauklasse I" werden außer Kraft gesetzt.

7. Die im Plan blau eingetragenen Knoten werden als Fahrbahnhöhen (bezogen auf Wiener Null) festgesetzt.

8. Die als Vorgarten bezeichneten Grundstreifen hinter den Baulinien sind gärtnerisch zu gestalten und so dauernd zu erhalten.

9. Die Straßenbezeichnung „Am Bach" ist aus dem Straßenverzeichnis zu streichen.

(A.Z. 2140/53; M.Abt. 18 — Reg. XXV/13/52.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

In Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans werden für das im Plan Nr. 2560, M.Abt 18 — Reg. XXV/13/52, mit den Buchstaben a—i (a) umschriebene östliche Teilgebiet der Kat.G. Breitenfurt im 25. Bezirk gemäß § 1 der BO für Wien nachstehende Bestimmungen getroffen:

1. Die im Plan rot vollzogenen Linien werden als Baulinien, die rot strichlierten Linien als vordere Baufluchtlinien, die rot vollgezogenen und gepunkteten Linien als Straßenfluchtlinien, die rot strichlierten und gepunkteten Linien als Grenzfluchtlinien, die violett strichlierten Linien als Widmungsgrenzen festgesetzt. Demgemäß werden die gelb gekreuzten Fluchtlinien und Widmungsgrenzen außer Kraft gesetzt.

2. Die im Plan blaugrün lasierten Flächen werden als Wohngebiet, Bauklasse I, offene oder gekuppelte Bauweise, die blau lasierten Flächen als gemischtes Baugebiet (Bauklasse I, offene oder gekuppelte Bauweise), die hellgrün lasierten Flächen als „Grünland — ländliches Gebiet" bzw. (entsprechend der Beschriftung) als „Grünland — öffentliches Erholungsgebiet", die rosa lasierten Flächen als „Bauplatz für öffentliche Zwecke" bzw. (entsprechend der Beschriftung des Plans) als „Bauplatz für besondere Zwecke", die dunkelgrün lasierte Fläche wird als „Grünland — Dauersportanlage" gewidmet. Demgemäß werden die gelb gestrichenen Widmungsbezeichnungen außer Kraft gesetzt.

3. Für die Baumassengliederung der auf Grundstück 361 zu errichtenden städtischen Wohnhausanlage ist gemäß § 5 (3) c), der BO für Wien, die mit den Ziffern 1—4 (1), 5—8 (5), 9—12 (9) und 13—16 (13) umschriebene Konfiguration maßgebend.

4. Die als Vorgarten bezeichneten Grundstreifen sind gärtnerisch zu gestalten und so dauernd zu erhalten.

(A.Z. 2185; M.Abt. 26 — Sch 328/16/53.)

Die Wiederinstandsetzung des Schulgebäudes und Turnsaales, 22, Heldenplatz 2 und 3, mit einem Kostenerfordernis von 530.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2163; M.Abt. 24 — 5358/45/53.)

Die Spenglerarbeiten für die städtische Wohnhausanlage, 14, Linzer Straße 299, Bauteil G (Fertigstellung) sind der Firma Gottlieb Novotny, 14, Märzzstraße 130, auf Grund ihres Anbotes vom 18. August 1953 zu übertragen.

Berichterstatter: GR. Jodlbauer.

(A.Z. 2032; M.Abt 28 — 2900/53.)

1. Der Umbau der Gasgasse im 15. Bezirk zwischen der Fuchsgasse und Kohlenhofgasse wird mit dem voraussichtlich bedeckten Kostenbetrag von 315.000 S genehmigt.

2. Auf Grund der Anbote vom 29. Juni 1953 werden die Erd- und Pflasterungsarbeiten an Franz Greiner, 17, Lascygasse 10, und die Fuhrwerksleistungen an Netscher & Co., 12, Schönbrunner Straße 293, übertragen.

(A.Z. 2045/53; M.Abt. 21 — VA 111/53.)

Die Lieferung von rund 50 Tonnen gußeiserner Haus- und Straßenkanalisierungsartikeln wird der Firma Wallner & Neubert, 5., Schönbrunner Straße 13, im Sinne des Magistratsberichtes zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind in den Krediten der Verwendungsstellen zu bedecken.

(A.Z. 2007/53; M.Abt. 26 — Sch 132/32/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird gemäß § 99 der GV. nachträglich zur Kenntnis genommen und an den GRA. VII, II und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Der Umbau des Schulhauses, 10, Randhartingergasse 17, in ein Wohnhaus mit 27 Wohnungen mit einem Betrag von 1,800.000 S wird genehmigt.

2. Die Baurate für das Jahr 1953 von 1,000.000 S auf R. 617/51 wird bewilligt; für den Rest in der Höhe von 800.000 S ist im Voranschlag des kommenden Jahres Vorsorge zu treffen.

(A.Z. 2078/53; M.Abt. 21 — VA 122/53.)

1. Die Lieferung und Verlegung von rund 40.000 qm Schiffböden für diverse Wohnhausbauten wird im Sinne des Magistratsberichtes an 8 Firmen zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten hiefür sind in den Krediten der einzelnen Bedarfsstellen zu bedecken.

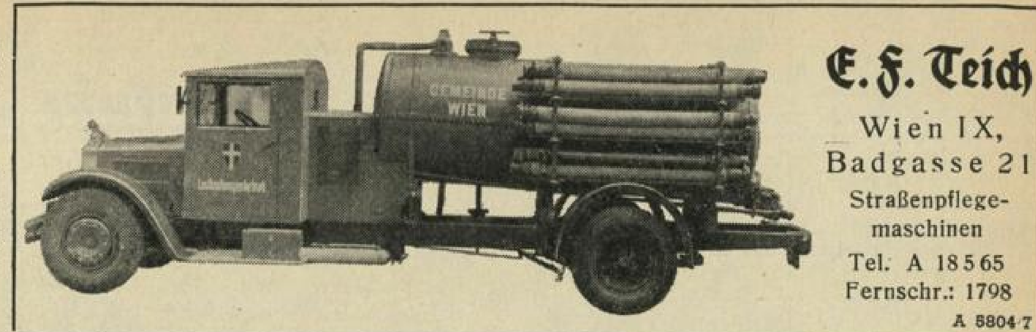
2. Dem Ansuchen der Firma Hermann Otte, 20, Brigittenauer Lände 166, um Gewährung einer verzinslichen Vorauszahlung zur Materialbeschaffung wird stattgegeben.

(A.Z. 2108/53; M.Abt. 27 — E I 4/2/53.)

Die Durchführung der Instandsetzungsarbeiten im städtischen Althaus, 1, Bauernmarkt 1, mit einem Gesamtkostenerfordernis von 100.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2124/53; M.Abt. 21 — VA 127/53.)

Die Lieferung von rund 35 t Bewehrungsstahl für die genormten Beton-Fensterüberlagen wird im Sinne des Magistratsberichtes der Firma Wiener Baubedarfsgesellschaft m. b. H., 3, Erdberger Lände 36, zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind in den Krediten der Verwendungsstellen zu bedecken.



(A.Z. 2034; M.Abt. 21 — VA 115/53.)

Die Lieferung von Wasserbausteinen für die Liesingbachregulierung, Bauabschnitt Steinhof, wird im Sinne des Magistratsberichtes an 8 Steinbruchfirmen zu deren Anbotspreisen übertragen. Die Kosten sind im bezüglichen Kredit der Baustelle zu bedecken.

(A.Z. 2036/53; M.Abt. 28 — 5470/53.)

1. Die endgültige Instandsetzung der Fahrbahndecke auf der Kanalkünette im 25. Bezirk, Triester Straße, von km 7,707 bis km 8,547, wird mit einem Gesamtkostenerfordernis von 165.000 S genehmigt.

2. Die Erd- und Pflasterungsarbeiten werden an die Firma Anton Schindler & Sohn, 12, Wolfganggasse 39, auf Grund deren Anbot vom 5. August 1953 vergeben.

(A.Z. 2106/53; M.Abt. 26 — Sch 132/21, 22, 26/53.)

Die Vergebung der Baumeisterarbeiten an die Firma Josef Wodak, 1, Dominikanerbastei 22, auf Grund ihres Anbotes vom 6. August 1953, der Schlosserarbeiten an die Firma Martin Strobl, 5, Vogelsanggasse 33, auf Grund ihres Anbotes vom 12. August 1953 und der Tischlerarbeiten an die Firma Leopold Schedl, 16, Maroltingergasse 67, auf Grund ihres Anbotes vom 11. August 1953 für den Umbau der Schule, 10, Randhartingergasse 17, in ein Wohnhaus wird genehmigt.

(A.Z. 2094/53; M.Abt. 27 — X AQ 3/53.)

Die Instandsetzung der Stiegenhäuser 3—15 der städtischen Wohnhausanlage, 10, Buchengasse 25—37, mit einem Gesamterfordernis von 257.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2098/53; M.Abt. 23 — Nl 1/53.)

Die Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Südwestfriedhof, 12, Hervicusgasse 44, sind der Firma Stephan Takacs, 12, Rauchgasse 41, auf Grund ihres Anbotes vom 5. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2051/53; M.Abt. 29 — 4295/53.)

Die Bauarbeiten für die Teilregulierung des Schwechat-Mitterbaches, rechtes Ufer, 23, Schwechat, in der Teilstrecke zwischen Wiener-Straßenbrücke und Hainburger Bahn mit einem Gesamterfordernis von 1,000.000 S werden genehmigt.

Die Ausführung dieser Arbeiten wird der Bauunternehmung Josef Kauf's Wtw., Inzersdorf, auf Grund ihres Anbotes vom 3. August 1953 übertragen.

Mit den Bauarbeiten kann sofort begonnen werden.

(A.Z. 2159/53; M.Abt. 24 — 5271/37/53.)

Die Außernorm-Tischlerarbeiten für die Errichtung der 3. Baugruppe der städtischen Wohnhausanlage, 5, Heu- und Strohmarkt, sind der Fa. Franz Schromm, 19, Hutweidengasse 17, auf Grund ihres Anbotes vom 11. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2201/53; M.Abt. 33 — M 211/53.)

Die mit Beschluß vom 5. März 1953, A.Z. VI 326/53, genehmigte Anschaffung von isoliertem Draht und Papierbleikabel mit einem Erfordernis von 600.000 S wird um den Betrag von 300.000 S auf 900.000 S erweitert.

In die Liste der Lieferfirmen wird die Firma Gebauer & Griller, 9, Roßauer Lände 39, zusätzlich aufgenommen.

(A.Z. 2182/53; M.Abt. 24 — 5324/32/53.)

Die Zimmermannsarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 25, Atzgersdorf, Erlaaer Gasse, sind den Firmen Heinrich Ranz, 25, Perchtoldsdorf, Pirquetstraße 3, und Karl Kern, 25, Vösendorf, Triester Straße 103, zu je ungefähr der Hälfte auf Grund ihrer Anbote vom 21. August bzw. 19. August 1953 und des Magistratsberichtes zu übertragen.

(A.Z. 2193/53; M.Abt. 26 — Sch 132/230/53.)

Die Brettelbödenarbeiten für den Umbau der Schule, 10, Randhartingergasse 17, in ein Wohnhaus sind der Firma Karl Poschenreiter, 12, Malfattigasse 19, auf Grund ihres Anbotes vom 20. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2088/53; M.Abt. 26 — Sch 126/35/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. VII, II, Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Der Umbau des Schulhauses, 10, Laaer Straße 1, in ein Wohnhaus mit 20 Wohnungen mit einem Betrag von 1,300.000 S wird genehmigt.

2. Die Baurate für das Jahr 1953 von 800.000 S auf Rubrik 617/51 wird bewilligt; für den Rest in der Höhe von 500.000 S ist im Voranschlag des kommenden Jahres Vorsorge zu treffen.

(A.Z. 2151/53; M.Abt. 24 — 5317/44/53.)

Die Zimmermannsarbeiten für die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage, 10, Neilreichgasse-Graffgasse-Herzgasse sind der Firma Josef Eller, 10, Alxingergasse 5—7 auf Grund ihres Anbotes vom 12. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2186; M.Abt. 26 — Vo 27/19/53.)

Die Durchführung von Instandsetzungs- und Umgestaltungsarbeiten zwecks Schaffung von Unterkunftsräumen in der vorhandenen Scheune des Jugendgästehauses der Stadt Wien, 18, Pötzleinsdorf, Geymüllergasse 1, mit einem Kostenerfordernis von 300.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2150/53; M.Abt. 24 — 5317/45/53.)

Die Spenglerarbeiten für die Wohnhausanlage, 10, Neilreichgasse-Graffgasse-Herzgasse sind der Firma Franz Markowitschka auf Grund ihres Anbotes vom 17. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2143/53; M.Abt. 49 — 840/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird gemäß § 99 GV. nachträglich zur Kenntnis genommen und an den GRA. VII und Gemeinderat weitergeleitet.

Die Durchführung des Neubaues einer aus beiliegender Projektsverfassung und dem Bericht ersichtlichen 1,5 km langen Wald-

straße in der Griesleiten im Revier Prein der städtischen Forstverwaltung Hirschwang mit einem Gesamtkostenerfordernis von 185.000 S für den Variantenentwurf auf 3 m Straßenbreite und der hiezu erforderliche Grundtausch wird grundsätzlich genehmigt.

Die Erd- und Felsarbeiten sind an die Landesforstinspektion Niederösterreich zu übergeben, die einen Caterpillar (modernes Straßenbaugerät) zum üblichen Tarif auf Grund der Bestellung der Sektion Wildbach- und Lawinenverbauung im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vom 7. Juli 1953 beistellen wird.

Für das Wirtschaftsjahr 1953 wird für dieses Bauvorhaben eine Baurate von 100.000 S genehmigt, die auf A.R. 624, Wasserwerke, unter Post 51, Bauliche Herstellungen (lfd. Nr. 324 c, Bau der Griesleiten- und Sonnleitenstraße), zu bedecken ist.

Die im nächsten Wirtschaftsjahr erforderlichen restlichen Baukosten sind im Voranschlag 1954 auf Rubrik 624, Wasserwerke, unter Post 51, Bauliche Herstellungen, vorzusehen.

(A.Z. 2133/53; M.Abt. 34 — I 7/24/53.)

Die Durchführung der Aufzugsarbeiten im Amtshaus, 1, Rathausstraße 4, wird genehmigt.

Auf Grund der beschränkten Anbotsverhandlung wird die Lieferung und Montage des Aufzuges der Fa. Stefan Sowitsch u. Co., 16, Wiesberggasse 14—18, übertragen.

(A.Z. 2213/53; M.Abt. 26 — 17 Sp 10/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird gemäß § 99 GV. nachträglich zur Kenntnis genommen und an den GRA. VII und Gemeinderat weitergeleitet.

1. Die Neuerrichtung einer Garderobeanlage und Platzmeisterwohnung auf dem städtischen Sportplatz, 17, Franz Glaser-Gasse, auf den städtischen Grundstücken 1195/4 und 1197, E.Z. 148, der Kat.G. Dornbach, entsprechend dem vorliegenden Entwurf, mit einem Kostenerfordernis von 570.000 S wird genehmigt.

2. Die gesamten Bauarbeiten mit Ausnahme der Wasser-, Elektro-, Blitzschutzinstallationen, der Hauptkanalisation und der Beheizung für die Errichtung einer Garderobeanlage und einer Platzmeisterwohnung auf dem städtischen Sportplatz in der Franz Glaser-Gasse im 17. Bezirk sind der Firma Baumeister Arch. Ing. Josef Schleußner, KG, 24, Mödling, Schillerstraße 29, auf Grund ihres Anbotes vom 30. Juli 1953 zu übertragen.

Berichterstatter: GR. Arch. Ing. Lust.

(A.Z. 2101/53; M.Abt. 24 — 5252/75/53.)

Die Stukkaturarbeiten für den Neubau des städtischen Wohnhauses, 11, Gratian Marx-Straße 12—14, sind der Firma Franz Ginner, 6, Gumpendorfer Straße 63, auf Grund ihres Anbotes vom 17. Juli 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2100/53; M.Abt. 24 — 5310/37/53.)

Die Anstreicherarbeiten für den städtischen Wohnhausbau in 15, Plunkergasse-Zwingligasse, sind der Firma Franz Jurazka, 14, Hütteldorfer Straße 174, auf Grund ihres Anbotes vom 7. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2099/53; M.Abt. 24 — 5133/62/53.)

Die Malerarbeiten für den Neubau der städtischen Wohnhausanlage, 16, Gablenzgasse-Zagorskigasse, sind den Firmen Rudolf Hofschneider, 16, Wichtelgasse 38, und Heinrich Brückner, 16, Thaliastraße 56, zu je ungefähr der Hälfte auf Grund ihrer Anbote vom 18. und 19. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 1902/53; M.Abt. 26 — Sch 1/29/53.)

Der Magistratsantrag zu nachstehendem Geschäftsstück wird genehmigt und an den GRA. II, Stadtsenat und Gemeinderat weitergeleitet.

Die Erhöhung des mit Beschluß des Gemeinderates vom 15. Dezember 1952, Pr.Z. 2890, für den Wiederaufbau des Turnsaales der Schulen, 1, Renngasse 20-Börsegasse 5, bewilligten Kredites von 800.000 S um 152.000 S auf 952.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2082/53; M.Abt. 27 — G XXIV/30/2/53.)

Der Abbruch von zwei Gebäudetrakten der städtischen Althausanlage, 24, Hinterbrühl, Eichbergstraße 8—12, wird genehmigt.

(A.Z. 2112/53; M.Abt. 27 — W III Qu 2/53.)

Die Behebung der Zeitschäden an der städtischen Wohnhausanlage, 3, Rüdengasse 8—10, Stiegen 1—7, mit einem Gesamtkostenerfordernis von 340.000 S wird genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten sind den Firmen Helmut Benesch, 2, Glockengasse 22, und Ernst Fendesack, 9, Schwarzspanierstraße 18, zu den Preisen ihres Anbotes vom 16. Juni 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2109/53; M.Abt. 27 — XIV Y 1/53.)

Die Instandsetzung der Stiegen 1—13 und der Schauflächen der städtischen Wohnhausanlage, 14, Onno Klopp-Gasse 16, mit einem Gesamterfordernis von 300.000 S wird genehmigt.

Die Baumeisterarbeiten sind der Firma Baumeister Ing. Franz Wöber, 14, Nisselgasse 16, auf Grund des Anbotes vom 7. Juli 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2072/53; M.Abt. 34 — 52092/7/53.)

Die Durchführung der Elektro-, Gas- und Wasserinstallation in dem städtischen Wohnhaus, 11, Krausegasse 14-Dorfgasse 68 wird genehmigt.

Auf Grund der beschränkten Anbotsverhandlung werden die Elektroinstallation der Firma Hans Schupitta, 10, Puchsbaumgasse 50, die Gas- und Wasserinstallation der Firma Buchtele & Rauthner, 9, Alser Straße 44, übertragen.

(A.Z. 2069/53; M.Abt. 25 — EV 37/50.)

Die Erhöhung des mit Beschluß des GRA. VI, Z. VI — 523/53, vom 19. März 1953 für die Durchführung der als Ersatzvornahme angeordneten Sicherungsmaßnahmen im Haus, 9, Schulz-Straßnitzky-Gasse 5, bewilligten Betrages von 62.000 S um 10.000 S auf 72.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2062/53; M.Abt. 24 — 5310/35/53.)

Die Stukkaturarbeiten für den städtischen Wohnhausbau, 15, Plunkergasse-Zwingligasse, sind der Firma Ing. Hans Wicho, 1, Elisabethstraße 26, auf Grund ihres Anbotes vom 7. August 1953 zu übertragen.

(A.Z. 2066/53; M.Abt. 33 — M 216/53.)

Die Erhöhung des mit A.Z. VI — 548/53 vom 19. März 1953 und Z. 1786/53 vom 30. Juli 1953 genehmigten Sachkredites von 148.000 S auf 243.000 S wird genehmigt.

(A.Z. 2063/53; M.Abt. 26 — Sch/224/12/53.)

Die Baumeisterarbeiten für die Instandsetzung der Zentralheizung (Kesselhaus) im Schulgebäude, 15, Zinckgasse 12—14, sind der Firma Heinrich Kozak, 7, Mariahilfer Straße Nr. 116, auf Grund ihres Anbotes vom 9. Juni 1954 zu übertragen.

(Fortsetzung folgt)

(M.Abt. 64 — 3323/53)

Kundmachung

Die Stadt Wien hat auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 6. März 1953, Pr.Z. 380, zum Zwecke der bauordnungsgemäßen Bebauung gemäß § 41 b der Bauordnung für Wien mangels eines gütlichen Übereinkommens mit den Liegenschaftseigentümern einen gehörig belegten Antrag auf Enteignung der Liegenschaft E.Z. 1057 des Grundbuches der Kat.G. Ober-Döbling, 19, Heiligenstädter Straße 25, eingebracht, die derzeit im Miteigentum von Margarethe Samuel, Leopoldine Müller und Margarethe Ulzer steht, da innerhalb der den Liegenschaftseigentümern mit Berufungsbescheid der Bauoberbehörde für Wien vom 24. Mai 1952, Zl. M.Abt. 64 — 1222/52, und vom 24. Mai 1952, Zl. M.Abt. 64 — 1224/52, gesetzten Frist von sechs Monaten nicht um die Baubewilligung für eine den Vorschriften der Bauordnung für Wien entsprechenden Bauführung auf dieser Liegenschaft angesucht wurde.

Über den Antrag auf Enteignung findet am Donnerstag, dem 24. September 1953, um 8.30 Uhr vormittag eine Augenscheinsverhandlung in Wien, 19, Heiligenstädter Straße 25, statt.

Zugleich findet gemäß § 44 Abs. 5 der BO für Wien die mündliche Verhandlung über die Zulässigkeit der beantragten Bauführung statt.

Die Verhandlungsunterlagen liegen bis zum Verhandlungstage bei der M.Abt. 64, Wien, 17, Parhamerplatz 18, 1. Stock, Zimmer 15, zur Einsichtnahme durch die Parteien auf.

Gleichzeitig wird gemäß § 44 Abs. 4 der BO für Wien die Anmerkung der Einleitung des Enteignungsverfahrens ob der E.Z. 1057 des Grundbuches der Kat.G. Ober-Döbling verfügt. Die Anmerkung wird vom Magistrat der Stadt Wien veranlaßt.

Allfällige Einwendungen sind gemäß § 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG 1950, BGBl. Nr. 172/50) spätestens am Tage vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde mündlich oder schriftlich oder während der Verhandlung mündlich vorzubringen, widrigenfalls sie keine Berücksichtigung finden und die Beteiligten als dem Antrag zustimmend angesehen werden. Vertreter müssen eigenberechtigt, mit der Sachlage vertraut und mit einer schriftlichen Vollmacht versehen sein.

Wien, am 12. August 1953.

(M.Abt. 64 — 3324/53)

Kundmachung

Die Stadt Wien hat auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 6. März 1953 zum Zwecke der bauordnungsgemäßen Bebauung gemäß § 41 b der Bauordnung für Wien mangels eines gütlichen Übereinkommens mit den Liegenschaftseigentümern einen gehörig belegten Antrag auf Enteignung der Liegenschaft E.Z. 1257 des Grundbuches der Kat.G. Fünfhaus, 15, Costagasse 15, eingebracht, die derzeit im Miteigentum von Ing. Rudolf Führer und Marie Führer steht, da innerhalb der den Liegenschaftseigentümern mit Berufungsbescheid der Bauoberbehörde für Wien vom 5. April 1952, Zl. M.Abt. 64 — 455/52, gesetzten Frist von sechs Monaten nicht um die Baubewilligung für eine den Vorschriften der Bauordnung für Wien entsprechenden Bauführung auf dieser Liegenschaft angesucht wurde.

Über den Antrag auf Enteignung findet am Montag, dem 28. September 1953, um 8.30 Uhr vormittag eine Augenscheinsverhandlung in Wien, 15, Costagasse 15, statt.

Zugleich findet gemäß § 44 Abs. 5 der BO für Wien die mündliche Verhandlung über die Zulässigkeit der beantragten Bauführung statt.

Die Verhandlungsunterlagen liegen bis zum Verhandlungstage bei der M.Abt. 64, Wien, 17, Parhamerplatz 18, 1. Stock, Zimmer 15, zur Einsichtnahme durch die Parteien auf.

Gleichzeitig wird gemäß § 44 Abs. 4 der BO für Wien die Anmerkung der Einleitung des Enteignungsverfahrens ob der E.Z. 1257 des Grundbuches der Kat.G. Fünfhaus verfügt. Die Anmerkung wird vom Magistrat der Stadt Wien veranlaßt.

Allfällige Einwendungen sind gemäß § 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (AVG 1950, BGBl. Nr. 172/50) spätestens am Tage vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde mündlich oder schriftlich oder während der Verhandlung mündlich vorzubringen, widrigenfalls sie keine Berücksichtigung finden und die Beteiligten als dem Antrag zustimmend angesehen werden. Vertreter müssen eigenberechtigt, mit der Sachlage vertraut und mit einer schriftlichen Vollmacht versehen sein.

Wien, am 12. August 1953.

Marktbericht

vom 7. bis 12. September 1953

Die Preise sind in Groschen je Kilogramm angegeben (wenn nicht anders bezeichnet).

Gemüse

	Verbraucherpreise	
Salat, Stück	60— 80	(120)
Endiviensalat, Stück	80— 120	
Kochsalat	150— 240	(250)
Chinakohl	250— 300	
Kohl	140— 250	
Kohlrabi, Stück	60— 100	(120)
Karfiol, Stück	100— 400	(500)
Kraut, weiß	100— 120	(150)
Kraut, rot	150— 250	
Karotten	120— 200	
Karotten, Bund	70— 80	(100)
Fisolen	200— 300	(400)
Gurken	80— 200	
Paradeiser	120— 200	
Kürbis	80— 120	
Melanzani	400— 500	(560)
Blätterspinat	150— 200	(240)
Neuseeländerspinat	180— 260	
Sellerie, Stück	150— 240	(280)
Rote Rüben	100— 180	
Zwiebeln	100— 160	(180)
Porree	150— 200	
Knoblauch	1000—1200	
Dillkraut, Büschel	30— 40	
Schnittlauch, Büschel	20— 30	
Radieschen, Bund	50— 100	
Rettich, Stück	50— 100	
Speisemais, Stück	60— 80	(100)

Kartoffeln

	Verbraucherpreise	
Kartoffeln, lang	90— 120	
Kartoffeln, rund	65— 80	
Kipfler	150— 180	(200)

Obst

	Verbraucherpreise	
Äpfel	180— 600	(800)
Birnen	200— 600	(800)
Brombeeren	500— 600	
Heidelbeeren	800—1000	
Pfirsiche	260— 600	
Preiselbeeren	1400—1800	
Ringlotten	100— 220	
Wassermelonen	200— 300	
Zuckermelonen	280— 300	(360)
Weintrauben	500— 600	(800)
Zwetschken	100— 200	(240)
Pelzzwetschken	340— 500	

Pilze

	Verbraucherpreise
Champignon	2400—4000
Herrenpilze	1200—3000
Eierschwämme	600—1000

Zufuhren (in Kilogramm)

	Gemüse	Kartoffeln	Obst	Pilze	Zwiebeln
Wien	1,051.400	103.800	33.000	700	70.200
Burgenland	230.600	37.900	556.600	—	32.100
Niederöst.	499.600	1,348.300	556.600	—	145.300
Oberöst.	2.500	—	27.500	—	—
Steiermark	14.400	—	170.900	1900	—
Kärnten	—	—	—	500	—
Ungarn	200	—	56.900	—	—
Bulgarien	300	—	—	—	—
Frankreich	—	—	4.600	—	—
Italien	—	—	175.200	—	—
CSR	—	—	23.300	—	—
Jugoslawien	—	—	48.700	—	—
Griechenland	—	—	21.700	—	—
Westindien	—	—	2.900	—	—
Kamerun	—	—	2.300	—	—
Inland	1,798.500	1,490.000	1,344.600	3100	247.600
Ausland	500	—	335.600	—	—
Summe	1,799.000	1,490.000	1,680.200	3100	247.600

Agrumen: Italien 9900, Spanien 9200 kg; zusammen 19.100 kg.

Milchzufuhren: 5,044.165 Liter Vollmilch.

Zentralviehmarkt

Auftrieb	Ochsen	Stiere	Kühe	Kalbinnen	Summe
Wien	15	22	56	2	95
Niederösterreich	226	112	205	20	563
Oberösterreich	62	157	300	42	561
Salzburg	—	18	28	—	46
Steiermark	68	23	108	15	214
Burgenland	13	5	76	9	103
Zusammen	384	337	773	88	1582
Kontumazanlage:					
Wien	—	—	1	—	1
Außermarktbezüge:					
Oberösterreich	7	2	28	1	38
Steiermark	—	10	4	—	14
Salzburg	1	7	7	—	15
Zusammen	8	19	39	1	67

Jung- und Stechviehmarkt:

Auftrieb: 93 Stück lebende Kälber. Herkunft: Wien 9, Niederösterreich 22, Oberösterreich 1, Steiermark 27, Burgenland 34.

Weidnermarkt

	Kälber	Schweine	Schafe
	In Stücken:		
Burgenland	1	—	—
Niederösterreich	9	5	—
Oberösterreich	7	7	—
Salzburg	6	—	4
Zusammen	23	12	4

Schweinemarkt:

Auftrieb: 6472 Stück Fleischschweine (25 Notschlachtungen). Herkunft: Wien 349, Niederösterreich 2435, Oberösterreich 2598, Steiermark 786, Kärnten 90, Burgenland 214.

Kontumazanlage:

Auftrieb: 254 Stück Fleischschweine. Herkunft: Wien 16, Niederösterreich 60, Steiermark 178.

Außermarktbezüge — Kontumazanlage:

163 Stück Fleischschweine. Herkunft: Oberösterreich 41, Steiermark 122.

Zufuhren der Großmarkthalle

in kg	Rindfleisch	Kalbfleisch	Schweinefleisch	Rauchfleisch	Innereien	Würste	Knochen
Wien	1.929	807	3161	4141	443	11.968	1871
Burgenland	6.060	8	35	—	—	—	—
Niederöst.	96.376	49	290	71	—	220	—
Oberöst.	17.950	112	835	—	—	560	—
Salzburg	1.500	—	—	—	—	—	—
Steiermark	10.200	—	—	—	—	—	—
Kärnten	1.200	—	—	—	—	—	—
Tirol	3.150	—	—	—	—	—	—
Summe	138.365	976	4472	4212	443	12.748	1871
Wien über St. Marx	205.000*	320*	670*	1200*	500*	1.250*	120*

Speck und Filz: Wien 349, Niederösterreich 110, Oberösterreich 102 kg; zusammen 561 kg. Wien über St. Marx 6900 kg*.

Schmalz: Wien 523 kg. Wien über St. Marx 50 kg*.

in Stücken	Kälber	Schweine	Schafe	Lämmer	Ziegen	Kitze	Rehe
Burgenland	322	272	4	—	3	—	—
Niederösterreich	2313	2877	35	8	28	5	27
Oberösterreich	609	348	6	—	1	2	—
Salzburg	5	—	56	—	—	—	—
Steiermark	184	316	13	35	1	2	—
Kärnten	—	20	—	—	—	—	—
Tirol	3	—	2	—	—	—	—
Zusammen	3436	3833	116	43	33	9	27
Wien über St. Marx	26*	1080*					

* Diese Zufuhren sind bereits im Berichte des Viehmarktes enthalten.

Pferdemarkt:

Hauptmarkt:

Auftrieb: 242 Stück Pferde, davon 53 Stück Fohlen. Verkauft wurden 225 Stück Schlachtpferde und 7 Stück Nutzpferde. Unverkauft blieben 10 Stück Pferde. Herkunft: Wien 15, Niederösterreich 99, Burgenland 37, Oberösterreich 47, Steiermark 20, Salzburg 17, Kärnten 7.

Nachmarkt:

Auftrieb: 55 Stück Pferde, davon wurden 42 Stück Schlachtpferde verkauft. Unverkauft blieben 13 Stück Pferde. Herkunft: Wien 3, Niederösterreich 12, Burgenland 13, Steiermark 1, Salzburg 11, Tirol 15.

Ferkelmarkt:

Auftrieb: 191 Stück Ferkel, davon wurden 119 Stück verkauft.

Preise (im Durchschnitt): 5wöchige 197 S, 6wöchige 214 S, 7wöchige 239 S, 8wöchige 287 S, 10wöchige 350 S, 12wöchige 450 S.

Marktamt der Stadt Wien

Gewerbeanmeldungen

eingelangt in der Zeit vom 24. bis 29. August 1953 in der M.Abt. 63, Gewerberegister. (Tag der Anmeldung in Klammern.)

15. Bezirk:

Graf Emma, Kleinhandel mit Maßwäsche, erweitert auf den Kleinhandel mit Textilien, Herklotzgasse 30 (28. 7. 1953). — Ortmayer Christine, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Obst, Gemüse, Eiern, Butter, Geflügel und Waldprodukten im großen, erweitert auf das Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Christbäumen, erweitert auf das Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Eiern, Butter, Geflügel und Waldprodukten, erweitert auf das Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Orangen, Zitronen, Bananen und Feigen, Fünfhausgasse 5 (17. 6. 1953). — Zajicek Elisabeth, Handel mit Parfümerie-, Toilette-, Galanterie-, Papierwaren, Wasch- und Haushaltungsartikeln und Detailverschleiß von Mineralölen und Brennspiritus, erweitert auf den Kleinhandel mit Möbeln, unter Ausschluß von Büromöbeln, Sechshauser Straße 47 (20. 6. 1953).

16. Bezirk:

Steiner Matthias, Großhandel mit Wein in Flaschen und Gebinden, erweitert auf den Kleinhandel mit Wein in Flaschen und Gebinden, Richard Wagner-Platz 17 (21. 7. 1953).

17. Bezirk:

Drey Marie geb. Angelmaier, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Kolonial- und Spezereiwaren, gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen, Flaschenbier und Flaschenwein, erweitert auf den Kleinhandel mit Wasch- und Putzmitteln sowie Haushaltungsartikeln, Geblergasse 20 (24. 6. 1953). — Hermann Ernst, Zuckerbäckergewerbe, Geblergasse 42 (16. 7. 1953). — Höher Adolf, Feilbieten von heimischem Obst und Gemüse im Umherziehen von Haus zu Haus oder auf der Straße im Bundesgebiet von Österreich, Elterleinplatz 8/13 (3. 7. 1953). — May Hildegard, Friseurgewerbe, Beheimgasse 30 (27. 5. 1953). — Ritauer Friedrich, Bürstenmachergewerbe, Pezzlgasse 10 (4. 7. 1953). — Rörich Johann, Schuhmachergewerbe, Hernalser Hauptstraße 77 (21. 7. 1953). — Tomek Maria, Viktualienverschleiß, erweitert auf den Kleinhandel mit Gemüse- und Obstkonserven, Suppenwürzen und fertigen Suppen in festem Zustand und Essig, Hernalser Hauptstraße 172 (13. 5. 1953). — Vielweib Friederike, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Wasch- und Putzmitteln, Haushaltungsartikeln, Jörgerstraße 50 (10. 7. 1953). — Wachuda Emil, Alleininhaber der Firma Johann Wachuda, Reinigung und Aufbewahrung von Teppichen, gepolsterten Möbeln und dem Mottenfraß unterliegenden Gebrauchsgegenständen, Hernalser Hauptstraße 158 (27. 7. 1953). — Wiehart Hermine, Damenkleidermachergewerbe, Dornbacher Straße 117/1 (3. 7. 1953). — Wittner Peter, Kunststeinerzeugergewerbe, Artariastraße 2 (10. 7. 1953).

18. Bezirk:

Bauer Josef, Malergewerbe, erweitert um das Anstreichergewerbe, Edelhofgasse 36 (22. 7. 1953). — Hoyden Wilhelm, Handelsvertretung, Schöffelgasse 22 (24. 7. 1953). — Putschandl Ferdinand, Fleischergewerbe, Thimiggasse 2 (14. 7. 1953). — Spitzhüttl Theodor, Kleinhandel mit Obst- und Gemüsekonserven sowie rohem Schnittkraut, Senf, Kren und Essig, erweitert um den Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, mit Ausnahme solcher, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Währinger Straße 123 (9. 7. 1953).

19. Bezirk:

Bachinger Ludwig, Asphaltierer, Heiligenstädter Straße 83 (5. 6. 1953). — Burda Franz, Alleininhaber der Fa. Franz K. Burda, Darmgroßhandlung, Darmgroßhandel sowie Großhandel mit Gewürzen, Fleischereibedarfsartikeln und mit Maschinen für die Wurstverarbeitung, erweitert um den Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Obkirchergasse 34 (24. 7. 1953). — Völkl Maria Antonia, Kleinhandel mit Grabkerzen, An den langen Lüssen, Gst. 419/7 (30. 7. 1953).

20. Bezirk:

Fischhandelsaktiengesellschaft, Großhandel mit Fischen und Fischprodukten aller Art, Krebsen und Schalentieren, erweitert um den Großhandel mit Fischen und Fischprodukten aller Art, Krebsen und Schalentieren, Speiseöl, Senf, Gurken, Saucen und Salaten wie sie üblicherweise zu Fischspeisen verabreicht werden, Nordwestbahnhof, Frachtenbahnhof (Hauptbetrieb) (19. 6. 1953). — Geyer Hermine, Maschinenstrickergewerbe, Hellwagstraße 1 (10. 4. 1953). — Kral Josef, Kleinhandel mit Kanditen, Konditoreiwaren, Zuckerwaren, Schokoladen, Dauerbackwaren, alkoholfreien Erfrischungsgetränken, Fruchtsäften und Speiseeis, Wallensteinstraße 4 (3. 7. 1953). — Pratsch Barbara, Kleinhandel mit Wein in Flaschen und Gebinden, erweitert um den Kleinhandel mit Flaschenbier, Sodawasser und Kracherln, erweitert um den Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, unter Ausschluß von solchen, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Pasettistraße 101 (15. 6. 1953). — Rebene Erik, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit Haushaltungsgegenständen und technischen Neuheiten, wie sie üblicherweise von Marktfahrern feilgeboten werden, unter

Ausschluß jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Karl Meißl-Straße 7/6 (6. 7. 1953). — Senesch Johann Alois, Großhandel mit Tapeziererzugehör, Salzachstraße 13 (19. 6. 1953). — Vilimovsky Adolfine, Kleinverkauf von gebratenen Früchten, Klosterneuburger Straße 45 (7. 7. 1953). — Wieger Georg, Pferdelastenfuhrwerksgewerbe, erweitert um das Personenfuhrwerksgewerbe, mit Zugtieren betrieben, ausgenommen Platzfuhrwerksgewerbe, Webergasse 9/2 (19. 6. 1953).

21. Bezirk:

Fried Marta, Kleinhandel mit Badebekleidung, soweit deren Verkauf nicht an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, mit Toiletteartikeln und Parfümeriewaren, erweitert um den Kleinhandel mit Strandmänteln, Strandanzügen, Strandjacken und textilen Kurzwaren sowie Gummisportartikeln und Spielwaren, Städtisches Strandbad Gänsehäufel, Verkaufslokal 3 (13. 5. 1953). — Picha Friedrich, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit textilen Kurzwaren (Drucker, Knöpfe, Einziehgummi, Bänder usw.), erweitert um das Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit Wirkwaren, Tischtüchern und Bekleidungsgegenständen aus Kunststoffen, technischen Neuheiten, wie sie üblicherweise von Marktfahrern vertrieben werden, mit Ausschluß jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Leopoldauer Straße 66/11 (2. 7. 1953). — Pieringer Karl, Kleinhandel mit Schuhen, erweitert um den Kleinhandel mit Lederwaren und Nylontaschen, erweitert um den Kleinhandel mit Strick- und Wirkwaren, Lang-Enzersdorf, Wiener Straße 20 (20. 5. 1953). — Preyer Katharina, Fahrradaufbewahrung, erweitert um die Aufbewahrung von Motorrädern und Fahrrädern mit Hilfsmotor, unter Ausschluß jeder Tätigkeit, die in den Berechtigungsumfang eines gebundenen handwerksmäßigen oder konzessionierten Gewerbes fällt, Stammersdorf, Brünner Straße 112 (27. 7. 1953). — Stutzig Maria geb. Kuntner, Kleinhandel mit Obst, Kanditen und alkoholfreien Erfrischungsgetränken, Arbeiterstrandbadstraße (6. 7. 1953). — Weiwoda Rudolf, Kleinhandel mit heißen Wurstwaren (mit und ohne Zutaten), Brot, Gebäck, Fischmarinaden und alkoholfreien Erfrischungsgetränken, erweitert um den Kleinhandel mit kalten Wurst- und Selchwaren, Fischkonserven, Essiggemüse, belegten Brötchen und Flaschenbier, erweitert um den Kleinhandel mit Eiern, Butter, Käse, Konserven, Obst, Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Schokoladewaren, Weinen und gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen sowie Senf, Erzherzog Karl-Straße, Bahnteilparzelle 600, neben Erzherzog Karl-Straße 127 (Verkaufshütte, Fensterverkauf) (20. 4. 1953).

22. Bezirk:

Heger Friedrich, Großhandel mit Knöpfen, Hafteln, Schnallen, Bijouterie- und einschlägigen Kurzwaren, Aspern, Lobaugasse 12 (11. 6. 1953). — Patzelt Leopoldine, Einzelhandel mit Zuckerbäckerwaren, Butter, Milch, Käse, Wurstwaren, Fruchtsäften, Flaschenbier, Sodawasser und Kracherln sowie Gebäck und Brot, erweitert um den Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, ausgenommen Kleinhandel mit gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen und Flaschenwein, Inundationsgebiet, Strom-km 1919 (29. 5. 1953). — Patzelt Leopoldine, Einzelhandel mit Zuckerbäckerwaren, Butter, Milch, Käse, Wurstwaren, Fruchtsäften, Flaschenbier, Sodawasser und Kracherln sowie Gebäck und Brot, erweitert um den Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, ausgenommen Kleinhandel mit gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen und Flascheinwein, Inundationsgebiet, Hirscheninsel, Strom-km 1919 (29. 5. 1953). — Preßler Franz, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, unter Ausschluß jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Eßling, Wehrbrückistraße 396 (23. 4. 1953).

24. Bezirk:

Benes Otto, Kleinhandel mit Damen- und Kinderoberbekleidung, erweitert um den Kleinhandel mit Damenwäsche, Mödling, Hauptstraße 62 (14. 3. 1953). — Braumüller, Gebr., Möbelfabrik, OHG, Fabrikmäßige Erzeugung von Möbeln aller Art, beschränkt auf den Verkauf der eigenen Erzeugnisse und auf die gemäß § 37 Abs. 3 der GewO zulässige Handelstätigkeit, Mödling, Hauptstraße 27 (14. 3. 1953). — Hainzmann Johann, Lohndruschgewerbe, Biedermannsdorf, Ortsstraße 25 (2. 7. 1953). — Herzog Maria, Handel mit Nutz-, Stech- und Schlachtvieh, Wiener Neudorf, Rathausplatz 4 (2. 6. 1953). — Keller Johann, Großhandel mit Sodawasser, Mineralwasser und Kracherln, erweitert um den Kleinhandel mit Sodawasser, Mineralwasser und Kracherln, Guntramsdorf, Feldgasse 22 (5. 8. 1953). — Pokorny Rudolf, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Wasch- und Putzmitteln, Haushaltungsartikeln, Maria-Enzersdorf, Franziskanerplatz 2 (10. 7. 1953). — Theurer Heribert, Herrenkleidermachergewerbe, Mödling, Wiener Straße 43 (10. 7. 1953).

25. Bezirk:

Brader Ludwig, Handel mit Schuhen und Wirkwaren, erweitert um den Kleinhandel mit Tisch- und Bodenbelag sowie Koffern und Taschnerwaren aus Leder und Kunststoff, Liesing, Rudolf Waisenhorn-Gasse 4 (4. 8. 1953). — Branke Elisabeth, Handel mit Blumen, Kränzen, Buketts, Kerzen und Obst, erweitert um den Kleinhandel mit Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Schokoladen, alkoholfreien Erfrischungsgetränken, Speiseeis, Eislutschern, Inzersdorf, Draschestraße 16 (12. 5. 1953). — Delta Chemie, Fabrik chemischer Produkte für die Textil-, Leder-, Papier- und Rauhwarenindustrie, erweitert um die Fabrikmäßige Erzeugung von chemischen Hilfs- und Veredlungsprodukten für die Fett-, Textil-, Leder-, Papier-, Rauhwaren- und Kunststoffindustrie sowie deren Nebenindustrien, Atzgersdorf, Wiener Straße 97 (14. 4. 1953). — Groyer Franz, Kleinhandel mit Sportartikeln aller Art, mit Ausnahme jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Mauer, Kaserngasse 3 (10. 6. 1953). — Jungwirth Margaretha, Kleinhandel mit Waren aller Art, mit Ausschluß solcher, deren Verkauf an eine besondere Bewilligung (Konzession) gebunden ist, Liesing, Franz Parsche-Gasse 15 (22. 6. 1953). — Weikhart Maximilian, Beratung in Versicherungsangelegenheiten, Perchtoldsdorf, Grillparzerstraße 50 (3. 4. 1953). — Zesch Rudolf, Speditionsgewerbe, Perchtoldsdorf, Hochstraße 19 (22. 5. 1953).

Gewerbeanmeldungen

eingelangt in der Zeit vom 31. August bis 5. September 1953 in der M.Abt. 63, Gewerberegister. (Tag der Anmeldung in Klammern.)

1. Bezirk:

Braß Helga Elise geb. Prem, Handel mit Antiquitäten, Wollzeile 13/7a (4. 3. 1953). — Charvat, Ing. Friedrich Karl, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Textil-, Strick-, Wirk- und Bijouteriewaren, Haus- und Küchengeräten und Stahlwaren, Bäckerstraße 1 (15. 7. 1953). — Friedrich Cäcilia geb. Götschhofer, Kleinhandel mit Strick- und Wirkwaren sowie einschlägigen Kurzwaren, Petersplatz 1 (7. 7. 1953). — Haper Schuherzeugung, Haas & Co., OHG, Fabrikmäßige Erzeugung von Schuhen aller Art, Fischhof 3 (21. 8. 1952). — Hauck Herta, Kleinhandel mit Damenoberbekleidung, Wirk- und Strickwaren, Schals und Tüchern, Bauernmarkt 2a (8. 4. 1953). — Meindl Johann & Co., OHG, Uhrmachergewerbe, Schulerstraße 7 (25. 6. 1953). — Österreichische Meynadier-Gesellschaft m. b. H., Fabrikmäßige Erzeugung von chemischen Zementzusatzmitteln und bituminösen Bautenschutzmitteln sowie Anstrich- und Klebemassen auf Teer und Bitumenbasis, ebenso von anderen mineralisierenden Anstrichmassen, ferner Ausführung von Arbeiten mit den sogenannten Produkten ausschließlich jener Arbeiten, die Handwerkern vorbehalten sind, Rudolfsplatz 2, hier beschränkt auf die büromäßige Tätigkeit (24. 7. 1953). — Petrovsky Wilhelmine geb. Türk, Handel mit Antiquitäten und Kunstgegenständen unter Ausschluß jener Waren, die an den großen Befähigungsnachweis bzw. an eine besondere Bewilligung (Konzession) gebunden sind, Singerstraße 27 (19. 12. 1952). — Putnik Stephan, Großhandel mit Berufs-, Arbeits- und Sportbekleidung, Kohlmarkt 4 (24. 6. 1953). — Schaden Bernhard, Handelsvertretung, Weihburggasse 11 (27. 7. 1953). — Sensenwerke Krenhof Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Wien, Fabrikmäßige Erzeugung von Sensen, Sicheln, Strohmessern, Zeugschmiedewaren und landwirtschaftlichen Geräten, Errichtung einer Zweigniederlassung, beschränkt auf die büromäßige Tätigkeit und den Handel mit den im Stammbetrieb erzeugten Waren, Führichgasse 6/7—8 (19. 3. 1953). — Siems & Klein, Kommanditgesellschaft, Kleinhandel mit Automobil- und Motorradteilen und Zubehör, Fichtegasse 5 (3. 7. 1953). — Tscherkassky Anatol, Kleinhandel mit Herren- und Damenwäsche, Krawatten, Dressings und Wirkwaren, Stephansplatz 11 (30. 6. 1953). — Wagenberg Max, Gemischtwarenhandel, Parkring 16 (30. 6. 1953).

2. Bezirk:

Wilhelm Matthias, Herrenkleidermachergewerbe, Obere Donaustraße 65/4 (9. 5. 1953). — Adler Oskar Harald, Kleinhandel mit einschlägigen Kurzwaren in Verbindung mit einer Tabaktrafik, Augartenbrücke, Kiosk (9. 4. 1953). — Bentza Anna geb. Illes, Kleinhandel mit Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Schokoladen, Schokoladewaren und Speiseeis, Kracherln und Sodawasser, Hafenzufahrtstraße 59 (3. 4. 1953). — Chriskowsky Maria geb. Besl, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Kartoffeln, Agrumen, Beeren, Schwämmen, Eiern, Butter, Geflügel und ganzen Kitzen (ohne Ausschrotung), Schokoladen, Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Speiseeis und Spielwaren, Taborstraße 70/13 (28. 5. 1953). — Eigner Ludmilla geb. Petran, Kleinhandel mit festen Brennstoffen, Wehlistraße 159 (24. 2. 1953). — Gantner Johanna geb. Zechmeister, Kleinhandel mit Milch, Mischmilchgetränken in Flaschen und den in Milchsondergeschäften zugelassenen Nebenartikeln, Karmelitermarkt (16. 3. 1953). — Glaser Robert, Kleinhandel mit Papierwaren und üblicherweise in Papierwarenkleinhandlungen geführten Nebenartikeln, Böcklinstraße 14 (= Schüttelstraße 19) (10. 2. 1953). — Hofstetter Hermine geb. Tihelka, Kleinversandhandel mit Miedern, Büstenhaltern, Wäsche und technischen Neuheiten, wie sie auf den Erfindermessen ausgestellt werden, Gabelsbergergasse 2 (21. 3. 1953). — Jäkkl Otto, Erzeugung von Wasserballhüllen, Odeongasse 1/11 (8. 4. 1953). — Kerner Johann, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln unter Ausschluß jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Untere Augartenstraße 7 (5. 5. 1953). — Kovac Hugo, Kleinhandel mit Parfümeriewaren, Toiletteartikeln, Haushaltungsartikeln, Wasch- und Putzmitteln, Materialwaren, unechten Bijouteriewaren und Galanteriewaren, Krummbaumgasse 6 (19. 3. 1953). — Kovačec, Dipl.-Ing. Viktor, Handel mit Maschinen, ausgenommen Büro-, Landwirtschafts- und Nähmaschinen, Taborstraße 7 (1. 4. 1953). — Krickl Stephanie geb. Skopik, Kleinhandel mit Kanditen, Zuckerbäckerwaren, Schokolade und Schokoladewaren und Speiseeis, Stuwerstraße 47 (2. 4. 1953). — Kusche Rudolf, Handel mit einheimischen Wasserpflanzen und lebendem Fischfutter, Raimundgasse 4 (20. 3. 1953). — Linker Eduard, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf jene Waren, deren Verkauf nicht an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, und unter Ausschluß von Lebensmitteln, Castellezgasse 14 (20. 3. 1953). — List Gustav, Kleinhandel mit Textilwaren, Strick- und Wirkwaren, Schneiderzubehör und textilen Kurzwaren, Ferdinandstraße 18 (20. 4. 1953). — Martinek Gertrude geb. Zelenka, Repassieren von Strümpfen, Pazmanitengasse 25/I/5 (1. 4. 1953). — Mokosch Johanna geb. Polzer, Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Kartoffeln, Agrumen, Obst- und Gemüsekonserven in Blechdosen, Eiern, Zwiebeln, Knoblauch, Pilzen, Vorgartenstraße, Markt (23. 3. 1953). — Nemeth Michael Johann, Kleinhandel mit Lebens- und Genußmitteln unter Ausschluß jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Zirkusgasse 40 (18. 5. 1953). — Rauch Richard, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, wie Kartoffeln, Gemüse, Obst, Eier und Butter, Vorgartenstraße 142 (22. 5. 1953). — Resetritsch Franz, Kleinhandel mit koscheren Wurst- und Selchwaren, Große Pfarrgasse 6 (13. 2. 1953). — Rybníček Leopold, Großhandel mit textilen Rohstoffen und Halbfabrikaten, Czerningasse 13 (22. 5. 1953). — Schuster Gabriel, Kleinhandel mit Uhren, Gold- und Silberwaren, Karmelitergasse 4 (21. 1. 1953). — Sterle Viktor, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Wasch- und Putzmitteln, Haushaltungsartikeln, Heinestraße 38 (1. 6. 1953). — Stockinger Rudolf, Kleinhandel mit Textilien aller Art und einschlägigen Kurzwaren, Kleine Pfarrgasse 14 (25. 3. 1953). — Toifl Erich, Handel mit festen Brennstoffen, Nordbahnhof, Waaghaus XI (9. 5. 1953). — Wadinger Rudolf, Kleinhandel mit Papier-, Kurz- und Galanteriewaren sowie Rauchrequisiten in Verbindung mit einer Tabaktrafik, Volkertplatz 5 (23. 5. 1953). — Waldecker Paul, Feilbieten von heimischem Obst und Gemüse im Umherziehen von Haus zu Haus und auf der Straße, Taborstraße 24 (22. 4. 1953).

3. Bezirk:

„Italcommerz" Ex- und Import-Ges. m. b. H., Ex- und Importhandel mit Waren aller Art, Rennweg 50 (2. 6. 1953). — Prayer Friedrich, Kleinhandel mit eingelegtem (konserviertem) Gemüse, Senf, Schnittkraut, Kren und Essig, Großmarkthalle (28. 7. 1953). — Stoklasek Franz, Kleinhandel mit Parfümeriewaren, Seifen und Toiletteartikeln unter Ausschluß jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Marokkanergasse 4 (8. 7. 1953). — Tetzl Josef, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit chemisch-technischen Neuheiten, wie diese üblicherweise von Marktfahrern feilgeboten werden, unter Ausschluß jener Waren, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Schlachthausgasse 29/9 (5. 8. 1953). — Tiller, Ing. Karl, Kleinhandel mit technischem Zeichenbedarf, Invalidenstraße 11 (27. 2. 1953). — Trebitsch Christian Egon, Verleih von Motorrollern, Landstraßer Hauptstraße 48 (28. 5. 1953). — Wottle Otto, Handel mit Holz mit Ausschluß des Kleinhandels mit Brennholz einschließlich des Handels mit Schnittholz, Sperrholz- und Paneelplatten und anderen Bauholzplatten, Rundholz, Blochholz, Leisten, Furnieren sowie Kleinhandel mit Karniesen, Spielwaren aus Holz, Sportartikeln, Korbwaren und Kinderwagen, Seidlgasse 22 (14. 7. 1953). — Zepko Karl, Großhandel mit Eisen, Blech, Röhren und sanitärem Installationsbedarf, Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Gießereierzeugnissen, auch emailliert, Haushaltgeräten, Sensen und Sicheln, Maschineneinrichtungen und deren Bestandteilen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie mit Haushaltmaschinen und deren Bestandteilen, Marxergasse 36 (13. 7. 1953).

6. Bezirk:

Angelo Richard, Handel mit Maschinen für die Holzbearbeitung, Laimgrubengasse 19 (25. 7. 1953). — Fleger Karl, Handel mit Waren aller Art unter Ausschluß solcher, deren Verkauf an eine besondere Bewilligung (Konzession) gebunden ist, Joanelligasse 7 (13. 5. 1953). — Kohout Franziska, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Kartoffeln und Agrumen, Brückengasse 8a (7. 8. 1953). — Piskaček Herta geb. Tomašek, Damenkleidermachergewerbe, Mariahilfer Straße 123 (6. 6. 1953). — Tausch, Dr. Felix, Handelsagentur, beschränkt auf die Vermittlung von Import-, Export- und Transitgeschäften, Mariahilfer Straße 49 (30. 7. 1953).

7. Bezirk:

Andre Ferdinand, kunstgewerbliche Erzeugung von Hut- und Kleiderschmuck aller Art, Mariahilfer Straße 76 (4. 8. 1953). Holub Hermine geb. Mach, Einfuhrhandel mit Waren aller Art unter Ausschluß von Textilfertigwaren sowie Nahrungs-

und Genußmitteln und Ausfuhrhandel mit Waren aller Art, Stollgasse 6 (6. 6. 1953). — Navratil Karl, Malergewerbe, eingeschränkt auf das Anstreichergewerbe, Zieglergasse 53 (15. 7. 1953). — Ockermüller Hermine geb. Bilek, Großhandel mit Holz, Mariahilfer Straße 88a (Zitahof) (31. 7. 1953). — Schapira Ignaz, Kleinhandel mit Büromaschinen und Büromöbeln, Heiz- und Kochgeräten, Haus- und Küchengeräten, Glas-, Porzellan- und Keramikwaren sowie Automobilen, Motorrädern und deren Bereifung, Burggasse 24 (8. 6. 1953). — Schuß Alfred, Büromaschinen-Handelsgesellschaft, OHG, Handel mit Büromaschinen und Zubehör sowie Büromöbeln, Kirchengasse 3 (25. 6. 1953).

8. Bezirk:

Lorenz Erna Henriette geb. Pintarič, Kleinhandel mit Wäsche, Textilwaren einschließlich Strick- und Wirkwaren, Wolle und Garnen, Schneider- und Modistenzubehör, Babyausstattungen, Miedern, Strumpfhaltergürteln für Herren und Damen, einschlägigen Kurzwaren, Schlösselgasse 10 (10. 7. 1953). — Vollbracht Richard, Kleinhandel mit Papier, Papierwaren und Büroartikeln, Albertgasse 24 (11. 6. 1953).

9. Bezirk:

Beilner Karl, Malergewerbe, Thurygasse 5 (22. 7. 1953). — Gatterweh Theresia geb. Prosenitz, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Wasch- und Putzmitteln und Haushaltungsartikeln, Spitalgasse 1a (22. 6. 1953). — Thinius Richard, Versicherungsvermittlung, Wasagasse 2/14 (23. 12. 1948).

10. Bezirk:

Behr, Jaux & Co., ZPA Zigarettenpapierkommanditgesellschaft, Großhandel mit Papierwaren, insbesondere Zigarettenpapier und Zigarettenhülsen sowie Bedarfsartikeln für Raucher, Davidgasse 92 (13. 5. 1953). — Braun Ernst, Fleischergewerbe, Viktor Adler-Markt, Stand 16 (20. 6. 1953). — Scholz Erwin, Malergewerbe für Industrieerzeugnisse, eingeschränkt auf Brandmalerei, Favoritenstraße 237/2/1 (3. 8. 1953). — Trzil Josef, Malergewerbe, Herzgasse 76 (28. 7. 1953). — Wesecky Anton, Anstreichergewerbe, Tolbuchinstraße 48 (31. 7. 1953).

11. Bezirk:

Pamperl Oskar, Kunststopfergewerbe, Simmeringer Hauptstraße 188 (3. 8. 1953). — Sattler Helmut, Handelsvertretung für chemische Rohstoffe und chemisch-technische Produkte, Leberstraße 64 (4. 8. 1953). — Slawek Maria geb. Müller, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, 4. Landengasse 1—3 (11. 8. 1953).

12. Bezirk:

Alt Lucia, Erzeugung von Fruchtsäften, Draschegasse 13 (16. 6. 1953). — Amberger Maria geb Redl, Repassieren von Strümpfen, Reschgasse 7/4 (27. 1. 1953). — Mayer Rudolf Karl, Kleinhandel mit Kanditen, Schokoladen, Zuckerbäckerwaren und alkoholfreien Erfrischungsgetränken, Speiseeis und Sandwiches, Hetzendorfer Straße 75a (Hetzendorfer Lichtspieltheater) (8. 6. 1953). — Schmalhofer Vlasta Maria geb. Novák, Handel mit Alteisen und Altmetallen, Unter-Meidlinger Straße, Parzelle 1467 (23. 3. 1953). — Watschinger Rudolf, Malergewerbe, Michael Bernhard-Gasse 5 (23. 6. 1953).

13. Bezirk:

Amort Josef, Spenglergewerbe, Hietzinger Hauptstraße 117a (28. 7. 1953). — Schloßhauptmannschaft Schönbrunn, Tiergartenverwaltung, Kleinhandel mit Tierfutter, eingeschränkt auf den Verkauf von Tierfutter an die Besucher des Tiergartens in Schönbrunn, Schloß Schönbrunn, Tiergarten (24. 6. 1953). — Skrjanc Aloisia, Plissieren, Knopfeinpressen, Maschinajourieren und -endeln, Lainzer Straße 87 (22. 7. 1953).

14. Bezirk:

Hübner, Dkfm. Adolf, Bücherrevisorengewerbe, Zolagasse 22 (22. 7. 1953). — Hübner, Dkfm. Adolf, Finanz- und Wirtschaftsberater, Zolagasse 22 (22. 7. 1953). — Jahnke Carl & Arthur Franz Jafra, Erzeugung von Schuhhinterkappen und Schuhbestandteilen, Großhandel mit Werkstoffen für die Schuhindustrie sowie Großhandel mit Spezialpappen und Pappen aller Art für die Schuhindustrie, Pachmanngasse 32—36 (2. 7. 1953). — Viktorin Josef, Tischlergewerbe, Linzer Straße 92 (15. 7. 1953).

15. Bezirk:

Breinreich Johannes, Großhandel mit Eisen- und Metallwaren, Werkzeugen, Haus- und Küchengeräten, Glas-, Porzellan- und Keramikwaren, Steingutwaren, Pelzgasse 16 (29. 4. 1953). — Eder Juliana geb. Rojicek, Kleinhandel mit Obst, Gemüse, Agrumen, Südfrüchten und Erdäpfeln, Meiselmarkt (9. 4. 1953). — Högenauer Franz Josef, Kunstblumenerzeugung, Reindorfgasse 28 (30. 6. 1953). — Holzgebindezentrale Wien, Wirtschaftsgenossenschaft des Faßbinder- und Weinküferhandwerks, reg. Genossenschaft, Handel mit Fässern, Bottichen, Emballagen, Holzsilos und den hiezu erforderlichen Rohstoffen für das Faßbinder- und Geschirrbinder- sowie Weinküferhandwerk, Storchengasse 21 (16. 6. 1953). — Kriegler Helene geb. Sorger, Kleinhandel mit Wildbret, Geflügel und Eiern, Meiselmarkt (20. 1. 1953). — Maier Franz & Söhne, OHG, Schädlingsbekämpfung im Pflanzenbau unter Ausschluß der Verwendung hochgiftiger Gase, Jadengasse 14 (30. 5. 1953). — Schäffler Stefan, Kleinhandel mit Textilwaren aller Art, Neubaugürtel 7/3 (21. 5. 1953).

16. Bezirk:

Hamatschek Herbert, Handel mit Automobilen und Motorrädern sowie deren Bereifung und Kleinhandel mit Auto- und Motorradteilen und Zubehör, Rückertgasse 37 (11. 6. 1953). — Irschik Maria geb. Neumann, Kleinhandel mit Leder, Bijouterie- und Galanteriewaren sowie Lederhandschuhen und Regenmänteln, Nylon-, Plastik- und anderen Kunststoffwaren, soweit sie Ersatz für Textilien sind, jedoch mit Ausschluß solcher, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Enenkelstraße 16 (15. 6. 1953). — Jirka Rudolf, Tischlergewerbe, Neumayrgasse 4 (29. 6. 1953). — Knotek Wilhelm, Schildermalergewerbe, Hofferplatz 9 (25. 7. 1953). — Röllig Ewald, Schuhmachergewerbe, Hasnerstraße 63 (16. 5. 1953). — Ruschitzka Johann, Spenglergewerbe, Herbststraße 29 (27. 7. 1953). — Schlemmer Friedrich, Großhandel mit Leder und Schuhzubehör, Haberlgasse 21 (24. 2. 1953). — Stiegler Karl, Handel mit Stechvieh, Degengasse 63 (28. 7. 1953). — Vecera Gerda, Kleinhandel mit Textilwaren, Haymerlegasse 29 (3. 7. 1953). — Winkelbauer Friedrich, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Obst und Gemüse, Kartoffeln, Zwiebel, Knoblauch, Hülsenfrüchten, Eiern, Butter, Geflügel und Wildbret (ohne Ausschrotung), Wichtelgasse 32—34 (3. 8. 1953).

17. Bezirk:

Kies Rudolfine geb. Schmied, Wäscheerzeugergewerbe, Hernalser Hauptstraße 43/15 (18. 6. 1953). — Nekola Arthur, Planung und Aufsstellung von Zentralheizungs-, Warmwasserbereitungs- und Lüftungsanlagen, Ottakringer Straße 7 (12. 6. 1953). — Vetrovec Cäcilie & Co., Lederhandlung, OHG, Handel mit Schuhzubehör, Schuhmacherwerkzeugen und -geräten sowie Handel mit Leder und Lederabfällen, Klopstockgasse 8 (5. 5. 1953).

18. Bezirk:

Eitzenberger Henriette geb. Grinninger, Kleinhandel mit Gemüse, Grünwaren, Kartoffeln, Trockengemüse, Suppenwürzen, Obst- und Gemüsekonserven, eingelegten Gurken, Sauerkraut, Eiern sowie Obst, Agrumen und Südfrüchten, letztere unter Ausschluß solcher, deren Verkauf an den großen Befähigungsnachweis gebunden ist, Gentzgasse 38 (21. 4. 1953). — Wawrik Hildegard, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln und Haushaltungsartikeln, Wallrißstraße 114 (3. 7. 1953).

19. Bezirk:

Kováts, Dipl.-Ing. Karl, Handel mit Baustoffen und Flachglas, Döblinger Hauptstraße 45 (17. 6. 1953). — Mach Leopoldine geb. Grasl, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Döblinger Hauptstraße 77 (14. 7. 1953). — Motzer Heinrich Christian, Großhandel mit Galanterie-, Bijouterie- und Lederwaren, kunstgewerblichen Artikeln aus Holz, unter Ausschluß solcher, deren Verkauf an eine besondere Bewilligung (Konzession) gebunden ist, Perlmutter- und Trokas-Schalen zur Erzeugung von Knöpfen, Spielwaren und Sportartikeln, Kuhngasse 5 (17. 8. 1953). — Schöler, Dr. Paul, Großhandel mit Wein in Flaschen und Gebinden, Hartäckerstraße 118 (13. 11. 1946). — Zucknick Herbert, Handel mit Metallmöbeln unter Ausschluß von Büromöbeln, Hardtgasse 27 (6. 8. 1953).

20. Bezirk:

Platzmann Marcel, Kleinhandel mit Textilwaren, Strick- und Wirkwaren, Hannovergasse 27 (8. 7. 1953). — Talasch Hildegard geb. Piringer, Damenkleidermachergewerbe, Allerheiligenplatz 16 (3. 7. 1953). — Zeinler Maria geb. Vlach, Marktfahrergewerbe, Brigittagasse 5 (12. 6. 1953).

21. Bezirk:

Doppler Johann, Marktfahrergewerbe, beschränkt auf den Handel mit Obst, Gemüse, Erdäpfeln, Agrumen, Eiern und Butter, Geflügel, Wildbret und Christbäumen, Prager Straße 12/8 (8. 6. 1953).

24. Bezirk:

Oberhofer Franziska, Kleinhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, Wasch- und Putzmitteln und Haushaltungsartikeln, Papier- und Schreibwaren, Brunn am Gebirge, Jakob Fuchs-Gasse 29 (2. 7. 1953).

25. Bezirk:

Kobza Waltraude, Übernahme von Arbeiten für die Gewerbe der Chemischputzer (Kleiderreiniger), der Wäscher, Wäschebügler und Färber (Übernahmestelle), Kaltenleutgeben, Promenadegasse 37 (20. 5. 1953). — Schallek Hermine, Kleinhandel mit Schuhen und Schuhzugehör, Mauer, Schloßgartengasse 4 (24. 7. 1953). — Smolik Eleonore, Kleinhandel mit Milch, Mischmilchgetränken in Flaschen und den in Milchsondergeschäften zugelassenen Nebenartikeln, Inzersdorf, Triester Straße 93 (27. 5. 1953). — Tippmann Franz, Zuckerbäckergewerbe, eingeschränkt auf die Gefroreneserzeugung, Mauer, Kaisersteiggasse 2 (3. 4. 1953). — Wlodek Johann, Sattler- (einschließlich Fahrzeugsattler) und Riemergewerbe, Erlaa, Hofalleestraße 16 (3. 8. 1953). — Zitta Wilhelm, Verkauf von Betriebsstoffen an Kraftfahrer im Betrieb einer Tankstelle auf drei Zapfauslässe begrenzt, Perchtoldsdorf, Marktplatz 19 (3. 7. 1952).

26. Bezirk:

Iwak Leopoldine, Kleinhandel mit Grieß, Mehl, Hefe und Teigwaren, Klosterneuburg, Stadtplatz 35 (19. 2. 1953).

Konzessionsverleihungen

eingelangt in der Zeit vom 31. August bis 5. September 1953 in der M.Abt. 63, Gewerberegister. (Tag der Verleihung in Klammern.)

1. Bezirk:

Czedron Johann, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Tagbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Sonnenfelsgasse 13 (13. 7. 1953). — Krantz Hotel, AG, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform eines Hotels mit Bar und Kaffeehaus mit den Berechtigungen nach § 16 GewO, lit. a) Beherbergung von Fremden, lit. b) Verabreichung und Verkauf von Speisen in dem im § 17 GewO näher bezeichneten Umfang, lit. c) Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, lit. d) Ausschank von gebrannten geistigen Getränken, lit. e) Ausschank von Heil- und Mineralwässern sowie von nichtgeistigen Kunstgetränken, lit. f) Verabreichung und Verkauf von Kaffee, Tee, Schokolade, anderen warmen Getränken und von Erfrischungen in dem im § 17 GewO näher bezeichneten Umfang, lit. g) Haltung erlaubter Spiele im Zusammenhang mit dem auf der Liegenschaft Wien 1, Neuer Markt 5 (= Kärntner Straße 22, E.Z. 598/I), radizierten Einkehrwirtsgewerbe, Neuer Markt 5 (= Kärntner Straße 22), Neuer Markt 4 (= Kärntner Straße 20) und Neuer Markt 6 (= Kärntner Straße 24) (16. 6. 1953). — Sodomka Johann, Mit Kraftfahrzeugen betriebene Platzfuhrwerksgewerbe (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Rudolfsplatz 4 (24. 7. 1953).

2. Bezirk:

Bader Paul, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Stuwerstraße 17 (27. 7. 1953).

3. Bezirk:

Svejnoch Franz, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen, einschließlich Fahrer), Ziehrerplatz 4—5/II/26 (27. 7. 1953) (zwei Konzessionen). — Weidlich Anton, Siebdruckgewerbe, Ungargasse 53/IV/31 (11. 8. 1953).

4. Bezirk:

Draxler Georg, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Tagbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Schleifmühlgasse 9 (28. 7. 1953).

5. Bezirk:

Cacak Karl, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Tagbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Siebenbrunnenfeldgasse 26 (29. 7. 1953). — Wagner Emmerich, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Nachtbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Margaretengürtel 100 (29. 7. 1953).

6. Bezirk:

Janecek Maria geb. Haban, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Millergasse 12 (27. 7. 1953). — Kuplinger Karl, Mietwagengewerbe (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Schadekgasse 18 (6. 7. 1953).

7. Bezirk:

Sascha Film-Verleih- und Vertriebs-Ges. m. b. H., Erwerb von Filmverbreitungs- oder von Filmaufführungsrechten und ihre entgeltliche Überlassung an Dritte, ausgenommen an Lichtspielunternehmer (Filmvertrieb), Kirchengasse 19 (2. 7. 1953). — Sascha Film-Verleih- und Vertriebs-Ges. m. b. H., Erwerb von Filmaufführungsrechten und ihre entgeltliche Überlassung an Lichtspielunternehmer (Filmverleih), Kirchengasse 19 (2. 7. 1953). — Schmidt Max Reinhold, Verlagsbuchhandel, beschränkt auf technische Fachliteratur, unter Ausschluß der Führung eines offenen Ladengeschäftes (Min.Vdg. BGBl. Nr. 72/1948), Burggasse 69 (1. 9. 1953).

11. Bezirk:

Bajer Alois, Mietwagengewerbe mit zwei Kraftomnibussen (mit je 26 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Ohligsgasse 16 (30. 7. 1953). — Verner

Johann, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform einer Sportplatz-Kantine mit den Berechtigungen nach § 16 GewO, lit. b) Verabreichung und Verkauf von kalten und warmen Wurstwaren, belegten Brötchen, Mehlspeisen, Kanditen und Gebäck in dem im § 17 GewO näher bezeichneten Umfang, lit. c) Ausschank von Flaschenbier, lit. d) Ausschank von Rum und Weinbrand als Beigabe zum Tee, lit. e) Ausschank von Heil- und Mineralwässern sowie von nichtgeistigen Kunstgetränken, lit. f) Verabreichung und Verkauf von Tee in dem im § 17 GewO näher bezeichneten Umfang; alle Berechtigungen beschränkt auf die Besucher und Spieler des Sportplatzes sowie beschränkt auf die Zeit von sportlichen Veranstaltungen und des Trainings, Simmeringer Hauptstraße 207, Sportplatz „Vorwärts", Klubhaus (20. 8. 1953).

12. Bezirk:

Palatin Ernst, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform eines Gasthauses mit den Berechtigungen nach § 16 GewO, lit. b) Verabreichung und Verkauf von Speisen in dem im § 17 GewO näher bezeichneten Umfang, lit. c) Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, lit. e) Ausschank von Heil- und Mineralwässern sowie von nichtgeistigen Kunstgetränken, lit. g) Haltung erlaubter Spiele mit Ausnahme des Billardspieles, Ignazgasse 12 (1. 8. 1953).

13. Bezirk:

Bauer Heinrich, Herstellung von zur öffentlichen Aufführung bestimmten Filmen (Laufbildern), Gloriettegasse 21 (26. 8. 1953). — Eisert Paul, Verwaltung von Gebäuden, Trauttmansdorffgasse 19/5 (14. 8. 1953). — Eisert Paul, Vermittlung des Kaufes, Verkaufes und Tausches, der Pachtung und Verpachtung von Realitäten sowie Vermittlung von Hypothekardarlehen (Realitätenvermittlung), Trauttmansdorffgasse 19/5 (14. 8. 1953). — Mayr Johann, Baumeistergewerbe, Bürgergasse 70 (22. 8. 1953). — Spiller Adolf, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform eines Gasthauses mit den Berechtigungen nach § 16 GewO, lit. b) Verabreichung und Verkauf von Speisen in dem im § 17 GewO näher bezeichneten Umfang, lit. c) Ausschank von Bier, Wein und Obstwein, lit. d) Ausschank von gebrannten geistigen Getränken, beschränkt auf die Sitz- und Stehgäste des Lokales, ohne Gassenschank, lit. e) Ausschank von Heil- und Mineralwässern sowie von nichtgeistigen Kunstgetränken, lit. f) Verabreichung und Verkauf von Kaffee, Tee, Schokolade und anderen warmen Getränken und von Erfrischungen in dem im § 17 GewO näher bezeichneten Umfang, lit. g) Haltung von erlaubten Spielen mit Ausnahme des Billardspieles, Hietzinger Hauptstraße 103 (24. 8. 1953).

14. Bezirk:

Resch Josef, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Tagbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Missindorfstraße 7 (21. 7. 1953).

15. Bezirk:

Haustein Oskar, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Tagbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Guntherstraße 1 (27. 7. 1953). — Stolba Karl, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Ullmannstraße 63 (13. 7. 1953).

16. Bezirk:

Ipser Karl, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Tagbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Thaliastraße 86 (28. 7. 1953). — Kastl Johann, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Tagbetrieb (ein PKW mit 4 bis 7 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Kulmgasse 9 (23. 7. 1953).

17. Bezirk:

Grasel Karl, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe, eingeschränkt auf den Nachtbetrieb (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Frauengasse 2 (27. 7. 1953).

18. Bezirk:

Bauernebel Richard, Betrieb eines Lesezirkels für Zeitschriften, beschränkt auf monatliche Auslieferung, Antonigasse 25 (17. 8. 1953). — Bosek Franz, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform einer Branntweinschänke mit der Berechtigung nach § 16 GewO, lit. d) Ausschank von gebrannten geistigen Getränken, Simonygasse-Gentzgasse (Kiosk) (28. 7. 1953). — Diwoky Franz, Erden für Heilzwecke, Gesellschaft m. b. H., Konzession gemäß § 15 Pkt. 14 GewO zur Erzeugung von Peloiden und deren Derivaten für Heilzwecke, Gersthofer Straße 2 (26. 8. 1953).

19. Bezirk:

Lenzenhofer Paula geb. Ott, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform eines Buffets mit den Berechtigungen nach § 16 GewO, lit. b) Verabreichung und Verkauf von kalten Speisen und heißen Würsteln, Himmelstraße 3 (12. 8. 1953). — Musil Alois, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform einer Espressostube mit den Berechtigungen nach § 16 GewO, lit. b) Verabreichung von kalten Speisen, heißen Würsteln, Eiern in jeder Zubereitungsart und Suppen, lit. c) Ausschank von Flaschenbier und Flaschenwein, lit. d) Ausschank von gebrannten geistigen Getränken, lit. e) Ausschank von Heil- und Mineralwässern sowie von nichtgeistigen Kunstgetränken, lit. f) Verabreichung und Verkauf von Kaffee, Probusgasse 11 (11. 8. 1953).

20. Bezirk:

Kutzer Ferdinand, Mit Kraftfahrzeugen betriebenes Platzfuhrwerksgewerbe (ein PKW mit 4 bis 6 Sitzplätzen einschließlich Fahrer), Nordwestbahnstraße 49 (24. 7. 1953) (zwei Konzessionen).

21. Bezirk:

Czastka Maria geb. Rausch, Kleinhandel mit Schulbüchern (Volks- und Hauptschulbüchern), Lang-Enzersdorf, Hauptplatz 3 (20. 8. 1953).

22. Bezirk:

Wimmer Johann, Zimmermeistergewerbe, Eßling, Hauptstraße 292 (11. 8. 1953).

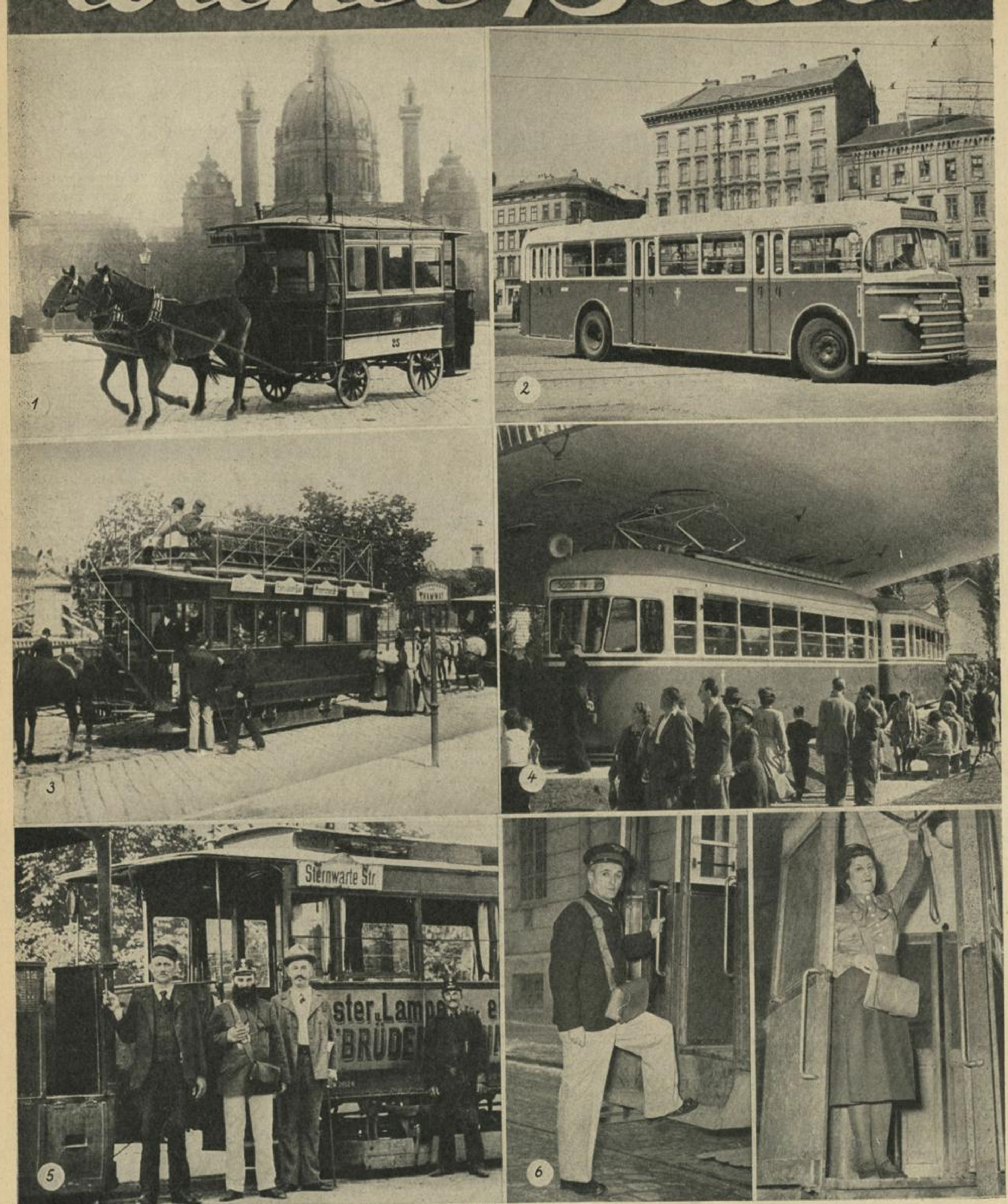
23. Bezirk:

Preisegger Martha geb. Pusitz, Gast- und Schankgewerbe in der Betriebsform eines Gasthauses mit den Berechtigungen nach § 16 GewO, lit. b) Verabreichung und Verkauf von Speisen, lit. c) Ausschank von Bier, Wein, Obstwein, lit. d) Ausschank und Kleinverschleiß von gebrannten geistigen Getränken, lit. e) Ausschank von Heil- und Mineralwässern sowie von nichtgeistigen Kunstgetränken, lit. f) Verabreichung und Verkauf von Kaffee, Tee, Schokolade und anderen warmen Getränken und von Erfrischungen, lit. g) Haltung von erlaubten Spielen mit Ausnahme des Billardspieles, Albern 54 (12. 8. 1953).

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Die Stadt Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Adametz, Wien I, Neues Rathaus. — Redaktion: Wien I, Neues Rathaus, B 40 500, Kl. 838. — Verwaltung: Kl. 263. — Postsparkassenkonto 210.045. — Anzeigenannahme: Wien VIII, Lange Gasse 32, A 24 4 47 und B 40 0 61. — Bezugspreis für Wien mit Zustellung: ganzjährig 60 S, halbjährig 30 S. — Erscheint jeden Mittwoch und Samstag. — Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97



Wiener Bilder



Alt und neu

1. Ein Pferdestellwagen aus dem Jahre 1908. — 2. Ein neuer Großraumautobus mit Fließverkehr. — 3. Die alte gemütliche Pferdestraßenbahn aus dem Jahre 1890. — 4. Der moderne Großraumzug der Wiener Verkehrsbetriebe auf der Wiener Messe. — 5. Personal in Dienstkleidung um die Jahrhundertwende. — 6. Sauber und zweckmäßig sind die Uniformen der Schaffner und Schaffnerinnen 1953.

(Aufnahmen: 1., 3. und 5. Lichtbildstelle der Verkehrsbetriebe; die übrigen Bilderdienst-Pressestelle der Stadt Wien)